



**This article was published in the above mentioned Springer issue.
The material, including all portions thereof, is protected by copyright;
all rights are held exclusively by Springer Science + Business Media.
The material is for personal use only;
commercial use is not permitted.
Unauthorized reproduction, transfer and/or use
may be a violation of criminal as well as civil law.**

Politische Theorie und Ideengeschichte

Jörke, Dirk, und Bernd Ladwig (Hrsg.): *Politische Anthropologie. Geschichte – Gegenwart – Möglichkeiten*. Baden-Baden. Nomos 2009. 272 Seiten. € 49.

Richard Saage

Die aktuelle Bedeutung des vorliegenden Sammelbandes kann angemessen nur beurteilen, wer sich die Situation der Anthropologie in ihrem Verhältnis zu den Gesellschafts- und Naturwissenschaften im auslaufenden 20. und frühen 21. Jhd. vor Augen hält. Angesichts des angestrebten künstlichen Eingriffs der Kognitions-, Bio-, Informations- und Nanowissenschaften sowie ihrer Technologien in die natürliche Evolution des Menschen eskaliert in der ersten Dekade des 21. Jhds. die Spannung zwischen dem kulturalistischen und dem naturalistischen Pol der einschlägigen Paradigmendiskussion in einer Weise, dass sich in den Sozialwissenschaften die anthropologische Frage neu stellt. Dies geschieht mit einer Vehemenz, die noch vor einigen Jahren undenkbar erschienen wäre. Nachhaltig unter dem Einfluss der Kritischen Theorie (Horkheimer, Habermas) und der Postmoderne (Foucault) über Jahrzehnte marginalisiert, avanciert jetzt die Frage, welchen argumentativen Status anthropologische Aussagen vor allem in der normativen Politischen Theorie für sich reklamieren können, zur übergreifenden Fragestellung der in diesem Band gesammelten Aufsätze. Inwiefern sind in nicht wenigen politischen Theorien unausgesprochene anthropologische Prämissen eingegangen? Oder sollte es doch zutreffend sein, dass die einzige Wahrheit des Menschen darin besteht, sich durch keine inhaltliche Bestimmung kennzeichnen zu lassen?

Die konkreten Fragestellungen der Beiträge sind freilich z. T. auf sehr unterschiedliche Forschungsgegenstände fokussiert. Der erste Teil der Studien ist unter der Rubrik „Geschichte“ dem Verhältnis zwischen Naturalismus und Kulturalismus (*Reinhard Mehring*), dem kritischen Potenzial der Philosophischen Anthropologie bei Max Scheler (*Gérard Raulet*), Rudi Dutschkes politischer Anthropologie (*Michael Th. Greven*) sowie der Anthropologiekritik bei Horkheimer, Habermas und Foucault (*Dirk Jörke*) gewidmet. Der auf die Gegenwart bezogene zweite Teil setzt sich mit dem anthropologischen Status der Anerkennungstheorie bei Axel Honneth (*Mattias Iser*), mit Martha Nussbaums anthropologischer Begründung von Gerechtigkeitsnormen (*Grit Straßenberger*), mit dem anthropologisch grundierten poststrukturalistischen Subjektverständnis nach Ernesto Laclau (*Friedrich J. Arndt*) und mit der Rolle der Gentechnik in der moralischen Landkarte der Gegenwart (*Hartmut Rosa*) auseinander. Das Spektrum des dritten Teils, das die Möglichkeiten einer politischen Anthropologie heute erkundet, reicht von der Frage, was diese zur Politik und ihrer theoretischen Begründung beitragen kann (*Dieter Birnbacher*),

über die Bedeutung von Anthropologie und Evolutionswissenschaften für die politische Philosophie (*Christian Illies*) bis hin zu dem wichtigen Problem der anthropologischen Fundierung der Menschenrechte (*Otfried Höffe* und *Bernd Ladwig*). Trotz der Heterogenität der zwölf Beiträge eint sie eine zentrale Prämisse der Philosophischen Anthropologie: Sie stellen die tierische Natur des Menschen in Rechnung, betonen aber zugleich, dass sie von einer zweiten, sozio-kulturellen Natur überwölbt wird, in deren Rahmen unser eigentliches Leben stattfindet.

Diese Prämissen aufnehmend, gelangt dann auch *Reinhard Mehring* zu dem Schluss, dass die Philosophische Anthropologie im Spannungsfeld zwischen Naturalismus und Kulturalismus anzusiedeln sei. Sie ist, wenn man so will, mit ihrem kritischen Instrumentarium in einen Zweifrontenkrieg verwickelt. Nehme sie zu einseitig den Naturalismus ins kritische Visier, so drohe sie, in den Kulturalismus abzugleiten. Lasse sie sich zu intensiv auf den Naturalismus ein, so laufe sie Gefahr, die sozio-kulturelle Natur des Menschen zu vernachlässigen und die berechtigte Kritik des Kulturalismus hervorzurufen. Vielleicht ist es aber gerade dieser prekäre Versuch, Brücken zu bauen zwischen der ersten und zweiten Natur des Menschen, die in der heutigen Situation die entscheidende Anschlussfähigkeit der Philosophischen Anthropologie ausmacht. Sie selbst vermag keine das Handeln orientierende Normen zu generieren, aber sie kann mit Elementen der *conditio humana* die Normen inhaltlich konkretisieren und die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Realisierung erkunden. Ihre Unhintergebarkeit hat der Philosoph *Christian Illies* auf eine prägnante Formel gebracht: „Ideale ohne Empirie sind leer, die Empirie ohne Ideal blind“ (222).

Diese Aussage entspricht dem Befund *Jörkes*, der die Anthropologiekritik von links am Beispiel Horkheimers, Habermas' und Foucaults rekonstruiert: Unter der Hand kommen in der Kritik selbst wieder anthropologische Elemente ins Spiel. Dies vorausgesetzt, zeigen die in diesem Band versammelten Aufsätze, dass eine gehaltvolle Politische Theorie ohne anthropologische Grundierung nicht auskommt. Doch ebenso sicher ist, dass anthropologische Annahmen normative Aussagen wohl zu stützen, aber nicht zu begründen vermögen. Und in dem Maße, wie im Sinne der Philosophischen Anthropologie diese Funktionen sich stets auf der Höhe der gemeinsamen Schnittmenge des kultur- und des naturwissenschaftlichen Ansatzes zu bewegen haben, muss sich die politische Norm an der Empirie und diese am Stand des sozio-kulturellen Wissens korrigieren.

Genau an diesem Punkt hat eine kritische Anmerkung an dem vorliegenden Band ihre Berechtigung. Max Scheler, Helmuth Plessner und Arnold Gehlen waren als Philosophen bereit, die Überschneidung der biologischen und der sozio-kulturellen Natur des Menschen vor allem im Blick auf den Forschungsstand nicht nur der Geisteswissenschaft, sondern auch der naturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen zu bestimmen, sofern sie sich auf den Menschen beziehen. Es ist charakteristisch, dass in dem vorliegenden Band nur Sozial- und Geisteswissenschaftler zu Wort kommen, von denen nur wenige sich explizit durch die Kenntnis des neuesten Forschungsstandes der anthropologisch relevanten Naturwissenschaften ausweisen. Tatsächlich diskutieren die meisten Aufsätze das anthropologische Problem fast ausschließlich im Medium der zweiten, der sozio-kulturellen Natur des Menschen. Doch wie der biologische Impuls, der aus der Evolution des menschlichen Körpers resultiert, in der sozio-kulturellen Sphäre sublimiert wird, bleibt eine Leerstelle im vorgestellten Forschungsszenario. Diese Abstinenz verhindert die Einlösung

dessen, was auch als eine Grundintention der klassischen Philosophischen Anthropologie zu gelten hat: im Fokus der Frage, was der Mensch sei, Natur und Geisteswissenschaften zusammenzuführen. Nur das Anknüpfen an diese Tradition könnte die Fehlentwicklung beenden, die durch die einseitige Kulturalisierung bzw. Spiritualisierung des Menschen ebenso hervorgerufen wurde wie durch seine einseitige biologische Naturalisierung.

Politisches System der Bundesrepublik Deutschland

Gießmann, Hans J., und Armin Wagner (Hrsg.). *Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*. Baden-Baden. Nomos 2009. 409 Seiten. € 59.

Frank A. Stengel

Seit einigen Jahren erfreuen sich die Auslandseinsätze der Bundeswehr – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Medienberichterstattung über die Mission in Afghanistan – fortwährender öffentlicher Aufmerksamkeit. Dennoch mangelt es in Deutschland nach wie vor an einer öffentlichen Debatte über den Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen. Hier setzen die Herausgeber des hier rezensierten Buches an, die durch eine umfassende und systematische Bestandsaufnahme der bisherigen Auslandseinsätze den „rationalen Diskurs der politisch Verantwortlichen [...] konstruktiv anregen“ (26) möchten. Zu diesem Zweck haben *Hans J. Gießmann*, Direktor des Berghof-Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, und *Armin Wagner*, Military Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), eine Reihe von Wissenschaftlern, Politikern, Offizieren und Praktikern der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik dafür gewonnen, Einzelaspekte des Themas knapp vorzustellen.

Das Buch gliedert sich in vier thematische Abschnitte, die sich mit den Hintergründen militärischer Friedensmissionen im Allgemeinen, den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, unterschiedlichen Einsatzkonzepten und ausgewählten Missionen der Bundeswehr beschäftigen. Im Anschluss an eine knappe, aber informative Einleitung der Herausgeber bietet *Winrich Kühne* einen sehr guten Überblick über die historische Entwicklung der Friedensmissionen vom „klassischen“ *Peacekeeping* bis zu den heutigen robusten und multidimensionalen Einsätzen. Im folgenden Beitrag geht Gießmann der Frage nach, ob und inwieweit Streitkräfte sich als Instrument für die Prävention und Schlichtung von Gewaltkonflikten eignen; ihm zufolge fällt die Bilanz „ernüchternd“ (46) aus. *Michael Brzoska* entwickelt in seinem Aufsatz einen groben Analyserahmen für die systematische Bewertung von Auslandseinsätzen. Ausgehend von einem prozessualen Verständnis von Krieg und Kriegsbeendigung beschäftigt sich *Andreas Heineemann-Grüder* mit der Frage, wie Kriege beendet werden, und *Martina Fischer* untersucht Probleme bei der Friedenskonsolidierung im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan. Den Abschluss bildet *Stefanie M. Mosers* Beitrag zur Streitkräftetransformation. Zu Beginn des zweiten Abschnitts beleuchtet *Martina Haedrich* die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen von Bundeswehreinsätzen, während *Niels Schafranek* die Probleme bei der Anwendung deutscher Gesetzesvorschriften im Auslandseinsatz untersucht.

Jörn Thießen und Ulrich Plate schildern die Rolle des Parlaments bei Auslandseinsätzen und wenden sich gegen die Behauptung, der Bundestag fungiere oft als Hemmschuh für zügiges Eingreifen.

Am Anfang des dritten Abschnitts macht *Bernhard Rinke* einen Widerspruch zwischen einem wachsenden parteiübergreifenden Unbehagen über aktuelle Entsendeentscheidungen und der multilateralen Einbindung der Bundesrepublik aus, die teilweise die Mandatierung von an sich in Zweifel gezogenen Einsätzen erfordert. In diese Kerbe schlägt auch *Marcus Kaim*, der seine These von der „Multilateralismusfalle“ (177) erneuert, nach der die multilaterale Einbindung Deutschlands in NATO und EU die Ablehnung von Missionen erheblich erschwert. Darauf aufbauend mahnt *Olaf Theiler* eine aktivere deutsche Interessenpolitik in der NATO an, durch die sich vermeiden ließe, dass Deutschland zum „Getriebenen externer Entwicklungen“ (198) wird. *Dieter Krüger* und *Sandra Eisencker* untersuchen die Chancen einer zukünftigen europäischen Armee. *Erhard Drews* und *Sammi Sandawi* stellen die Faktoren hinter der Transformation der Bundeswehr dar und diskutieren drei mögliche Szenarien einer Neuausrichtung, während *Stefan Bayer* die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im für die Bundeswehr maßgeblichen Einzelplan 14 des Bundeshaushalts unter die Lupe nimmt. Zudem finden sich hier informative Beiträge zu Nachhaltigkeit (*Jörg Daniel Nigge*), zivil-militärischer Zusammenarbeit (*Frank Baumgard*) und Terrorismusbekämpfung (*Patricia Schneider*). In einem eher kritischen Beitrag erteilt *Michael Staack* der Möglichkeit einer Inlandsverwendung der Bundeswehr eine deutliche Absage.

Die Beiträge des vierten Abschnitts versuchen eine Bewertung ausgewählter Einsätze. Den Anfang machen Aufsätze zum Einsatz in Somalia (*Dieter H. Kollmer*), den verschiedenen Einsätzen auf dem Balkan (*Andreas M. Rauch*) und dem Einsatz im Kosovo (*Bernhard Voget* und *Axel von Hoerschelmann*). Die ISAF-Mission in Afghanistan ist sogar Gegenstand zweier Beiträge, einmal zur Gesamtmision (*Hans-Georg Ehrhart* und *Roland Kaestner*) und einmal zum deutschen ISAF-Beitrag (*Christoph Zürcher*). Zudem finden sich Aufsätze zum „Krieg gegen den Terrorismus“ (*Christian Freuding*), zur EUFOR-Mission im Kongo (*Thomas Jäger*) sowie zum UN-Einsatz im Libanon (*Mara Albrecht*). Den Abschluss bilden eine lesenswerte Darstellung kleinerer UN-Missionen (*Armin Wagner*) sowie eine nützliche grafische Übersicht der Einsätze im Anhang (*Ellen Kollender*).

Insgesamt bietet „Armee im Einsatz“ einen sehr guten Überblick über die deutschen Auslandseinsätze. Die Einzelbeiträge sind ausnahmslos verständlich geschrieben, (nahezu alle) gut strukturiert und bieten trotz ihrer Kürze einen sehr guten Einblick. Auch die Auswahl der Themen ist im Hinblick auf das Ziel des Bandes gut durchdacht. Als Kritikpunkt lässt sich das Fehlen eines die Ergebnisse summierenden Schlusskapitels sowie einiger Schlusszusammenfassungen mancher Aufsätze anführen. Auch wäre es für eine systematische Einschätzung der bisherigen Missionen hilfreich gewesen, wenn sich die Autoren der Fallstudien an einem einheitlichen Bewertungsraster orientiert hätten. Ebenso ist ein Verzicht auf Quellenangaben – wie glücklicherweise nur im ansonsten lesenswerten Beitrag von *Ehrhart* und *Kaestner* geschehen – weniger günstig, da er sowohl die Nachvollziehbarkeit der Analyse als auch eine weiterführende Lektüre unnötig erschwert. Trotz dieser kleineren Mängel ist „Armee im Einsatz“ ein insgesamt gelungenes Buch, das sich insbesondere für Einsteiger sehr gut eignet. Doch auch für LeserIn-

nen, die sich schnell über Einzelaspekte oder bestimmte Missionen informieren möchten, ist die Lektüre zu empfehlen.

Grimmer, Klaus. *Verfassungspolitik und Grundgesetz. Eine Einführung*. Opladen und Farmington Hills MI. Barbara Budrich. 2008. 121 Seiten. € 9,90.

Michael Hein

An einer politikwissenschaftlichen Einführung in die Theorie und Empirie der Verfassungspolitik mangelte es bislang in der deutschsprachigen Literatur. Diese Lücke verspricht *Klaus Grimmer's* vorliegender Band hinsichtlich des Grundgesetzes zu schließen. Sein erklärtes Ziel ist es herauszuarbeiten, „welch vielfältiger sozialer, kultureller und ökonomischer Entwicklungen es bedarf“, um eine so erfolgreiche Verfassung wie das Grundgesetz (GG) zu schaffen, das der Bundesrepublik Deutschland seit langem und „in hohem Maße Ordnung, Stabilität, Auskömmlichkeit und Werte-Bindung“ verschafft (7).

Das knapp gehaltene Werk des emeritierten Kasseler Professors für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil widmet sich Begriff, Voraussetzungen, Funktion und Leistungen moderner Verfassungen und präsentiert die möglichen Elemente einer Verfassung. Im zweiten und ausführlichsten Teil des Buches wird die Verfassungsordnung des GG umfassend vorgestellt und diskutiert. Hier geht *Grimmer* auf die verschiedensten Aspekte ein: die Grundprinzipien der deutschen Verfassung (Grundrechte, Republik und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit), die Struktur des parlamentarischen Regierungssystems, die Finanzverfassung sowie Staatszweck, Staatsfunktionen und Staatsaufgaben. Im dritten Teil diskutiert der Autor am Beispiel des GG das Verhältnis von Verfassung und Politik. Perspektivenbildend ist dabei die Frage nach der Umsetzung und Sicherung einer Verfassung im politischen Prozess. Dementsprechend werden hier Problemfelder wie politische Steuerung, Komplexität der Staatsaufgaben, Politikverflechtung und die europäische Integration angesprochen; unter der Überschrift „Politische Theorie des Grundgesetzes“ fasst *Grimmer* seine Überlegungen zusammen. Ein sehr kurzer vierter Teil rundet das Buch schließlich ab. Er liefert einen Anhang, der einige methodische und Literaturhinweise sowie eine Quellenübersicht enthält.

Dem eingangs formulierten Anspruch wird das Werk über weite Strecken nicht gerecht. Hierbei sind drei grundlegende Monita zu benennen: Zum Ersten ist das Buch in seinen systematisch-übergreifenden Teilen zu stark auf das deutsche GG fokussiert. So wird im ersten Abschnitt die weltweite Vielfalt von Verfassungstraditionen, konstitutionellen Verständnissen und theoretischen Zugängen kaum deutlich. Auch im weiteren Verlauf werden nur sehr punktuell Verweise auf andere Verfassungsordnungen gegeben, obwohl diese an vielen Stellen – etwa beim Wahlsystem – sehr zum Verständnis der jeweiligen Verfassungselemente hätten beitragen können.

Zum Zweiten argumentiert *Grimmer* entgegen der behaupteten „politikwissenschaftlichen Ausrichtung“ (121) des Buches über weite Strecken nahezu ausschließlich verfassungsjuristisch. Die Ausführungen über das GG beispielsweise bleiben größtenteils auf verfassungsnormativer Ebene. So heißt es etwa zur Volkssouveränität, diese „erschöpft sich nicht im Akt der Verfassungsgebung. Auch in der mit der Verfassung konstitu-

ierten politischen Ordnung bleibt die Staatsgewalt beim Volk“ (36). Welche Bedeutung dieser verfassungsrechtlichen Selbstbeschreibung bzw. dem Volkssouveränitätsbegriff allgemein jedoch politikwissenschaftlich zukommen könnte, darüber wird der Leser im Unklaren gelassen. Beide skizzierten Mängel zeigen sich nicht zuletzt daran, dass der Autor überwiegend juristische, auf das deutsche GG bezogene und zum Teil veraltete Literatur zitiert. Die aktuelle internationale politologische verfassungstheoretische Debatte bleibt demgegenüber ebenso weitgehend ausgeblendet wie empirische Forschungen aus jüngerer Zeit.

Zum Dritten mangelt es dem Werk an einer systematischen Auswahl und Entwicklung der zentralen Untersuchungskategorien. So fehlt es bereits zu Beginn an einer begrifflichen bzw. (begriffs-)geschichtlichen Einführung der zentralen Termini „Verfassung“, „Grundrechte“ oder „Souveränität“. Ebenso werden für das Verständnis der bundesdeutschen Verfassungsordnung unverzichtbare Konzepte wie beispielsweise der deutsche Typ des Föderalismus nicht erläutert. Darüber hinaus mangelt es an einer institutionellen Vorstellung des Bundesverfassungsgerichts, auch wenn dessen Urteile häufig zitiert werden. Zudem erscheint die grundgesetzliche Ordnung aus *Grimmers* Perspektive bislang kaum durch die Europäische Integration beeinflusst worden zu sein, die auf weniger als einer Seite behandelt wird und der der Autor keine größere Bedeutung beimisst. So heißt es lediglich, es stelle sich die Frage, ob die bundesdeutsche Verfassungsordnung „durch die Europäische Union, auch wenn es noch keine europäische Verfassung gibt, zu einem Vier-Ebenen-System mutiert ist? Bislang wohl nicht, aber es ist auf dem Weg“ (110). Vor allem aber vermisst man im gesamten Text eine Behandlung des Themas Verfassungspolitik im Sinne von Verfassungsinterpretation, Verfassungswandel und Verfassungsänderungen – und dies sowohl im Allgemeinen als auch mit Bezug auf das GG. Hierzu findet sich erst am Schluss des Buches eine beliebig wirkende Aufzählung von 13 möglichen Themen, die Gegenstand von Verfassungspolitik sein können.

Abgesehen von diesen inhaltlichen Problemen ist die Lektüre des Buches aufgrund seiner verlegerischen Qualität ein Ärgernis. Das Werk ist so nachlässig lektoriert, dass sich nicht nur zahlreiche Schreibfehler finden, sondern auch immer wieder Wörter fehlen. V. a. aber ist eine peinliche Fülle falsch geschriebener Namen zu verzeichnen: Genannt seien hier nur „Thomas Hobbs“, „Willi Brandt“, „Frank Nollmeier“, „Christoph Butterwecke“, „Gelbert Ziebur“ und „Alois Reklin“.

Alles in allem vermag der vorliegende Band nicht zu überzeugen. Bezüglich des Themas „Verfassungspolitik“ wird der Leser in *Grimmers* Werk kaum fündig. Und hinsichtlich der bundesdeutschen Verfassungsordnung hat es gegenüber einschlägigen verfassungsrechtlichen Einführungen in das GG einerseits und politikwissenschaftlichen Einführungen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland andererseits keinen großen Mehrwert zu bieten. „Eine unentbehrliche Handreichung zum besseren Verständnis der deutschen Demokratie“, wie es auf dem Klappentext heißt, ist der besprochene Band jedenfalls nicht.

Jun, Uwe, Melanie Haas und Oskar Niedermayer (Hrsg.). *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 472 Seiten. € 39,90.

Volker Best

Lange Zeit orientierten sich im deutschen unitarischen Bundesstaat die regionalen Parteiensysteme der Länder am Bundesmuster und glichen sich daher auch untereinander stark. Für die Parteienforschung schien die regionale Perspektive daher wenig Erkenntnisgewinn zu verheißen. Dementsprechend stiefmütterlich wurde sie behandelt. Seit der deutschen Einheit hat allerdings eine starke Regionalisierung des Parteiensystems stattgefunden. Endlich ist dieser Entwicklung nun mit einem Sammelband zu den Parteiensystemen in den deutschen Ländern Rechnung getragen worden. Auf je 20–30 Seiten werden nacheinander jeweils Rahmenbedingungen, historische Entwicklung und gegenwärtige Struktur des Parteiensystems eines Landes behandelt sowie eine Einordnung des Landes- in den Kontext des gesamtstaatlichen Parteiensystems vorgenommen. Den meisten Autoren gelingt eine sinnvolle Phaseneinteilung der Parteiensystementwicklung; schwierig gestaltet sich dieses Unterfangen allerdings aufgrund ihrer kurzen Geschichte und erhöhten Volatilität für die Parteiensysteme der ostdeutschen Bundesländer. Teilweise machen es sich die Autoren auch ein wenig zu leicht, indem sie jede Legislaturperiode zu einer eigenen Entwicklungsphase ausrufen oder gleich zu einer reinen Wahlgeschichte übergehen. Das langatmige bloße Referieren von Europa- und Bundestagswahlergebnissen macht z. B. die erste Hälfte des Kapitels zu Brandenburg zu einer Qual, derer es – wie die zweite Hälfte zeigt – nicht bedurft hätte. Ein etwas intensiveres redaktionelles Wirken der Herausgeber wäre angezeigt gewesen. Auch hätten die Tabellen größtenteils deutlich übersichtlicher gestaltet (ein Negativbeispiel ist die Auflistung sächsischer Landtagswahlergebnisse von 27 Parteien nach sturer alphabetischer Sortierung) und stärker vereinheitlicht werden können. Teilweise fehlen Übersichten zu den Landtagswahlergebnissen (Bremen) oder zur Mandatsverteilung (Bremen, Sachsen) ganz; die nicht selten gewählte Variante einer Vermengung von Wahlergebnissen und Mandatsverteilung in einer Tabelle unter Verzicht auf jedwede graphische Hervorhebung ist kaum besser.

Auch die von den Herausgebern in ihrem einleitenden Beitrag vorgenommene Unterteilung der westdeutschen Parteiensysteme nach 1990 in Gruppen je nach ihrem parlamentarischen Format (Länder mit bis zu vier/mit genau vier/mit mehr als vier Parlamentsparteien) ist wenig überzeugend. Die letzten in den Länderkapiteln – wenn auch im Stile eines Nachtrags wohl erst in letzter Minute – eingeschlossenen Wahlen in Hessen und Niedersachsen vom Januar 2008 sind vermutlich deswegen nicht berücksichtigt, weil die dortigen Erfolge der Linkspartei die dritte Gruppe auf sechs von zehn Ländern hat anwachsen lassen. Der Parlamentseinzug der Freien Wähler in Bayern im Herbst 2008 und der Linken im Saarland im Herbst 2009 – in den entsprechenden Länderbeiträgen bereits als Möglichkeit angedeutet – lassen in der ersten und zweiten Gruppe noch jeweils ein einziges Land zurück, und die Wette ist nicht sonderlich gewagt, dass diese beiden Gruppen mit den demnächst anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz völlig entvölkert werden. Eine Typologisierung auf der Basis der Unterscheidung etablierter und eher „prekärer“ Mitspieler analog zur Feststellung

eines „Drei-Plus-Parteiensystems“ (28) in den ostdeutschen Bundesländern (und eines Vier-Plus-Parteiensystems in Berlin) hätte den Eindruck von Kurzatmigkeit vermieden. Zudem ist es vielleicht spitzfindig, das bayerische Parteiensystem auf Grund eines SPD-Vorsprungs von 0,6 Prozentpunkten im Jahre 1950 als nicht hegemonial einzustufen, aber es ist auch eher erkenntnisverschleiend als erkenntnisbringend.

Dieses Fazit muss man auch in Bezug auf die Untersuchung von *Andreas Feser* zu den Bund-Länder-Wahlverwandtschaften ziehen. Seine Analyse weist insbesondere Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen sowie zu einem geringeren Grad die großen Flächenländer als Terrain für Sanktionswahlverhalten bei Landtagswahlen aus. Die Stadtstaaten, die kleineren westdeutschen Flächenstaaten sowie Sachsen und vor allem Mecklenburg-Vorpommern scheinen demgegenüber einen Startvorteil für die Regierung auf Bundesebene zu verheißen – insgesamt also eine gemischte Bilanz. Was Feser nicht sieht, ist, dass die Länder mit Regierungspräferenz durchweg einen geringeren Ausschlag aufweisen – Minimal-„Präferenzen“ bis 0,5 Prozentpunkte auf beiden Seiten einmal ausgeklammert – als das Land mit der niedrigsten Oppositionspräferenz. Einzige Ausnahmen sind Rheinland-Pfalz und v. a. Mecklenburg-Vorpommern. Bei letzterem liegt dies einfach daran, dass *Feser* den Zeitpunkt der Wahlen nicht berücksichtigt und damit auch jene Wahlen einbezieht, die zeitgleich zur Bundestagswahl stattgefunden haben und damit keine Zwischenwahlen darstellen – dies trifft in Mecklenburg-Vorpommern auf alle berücksichtigten Landtagswahlen bis einschließlich 2002 zu. *Feser* kann auch deswegen keine allgemeine Regel feststellen, weil er die Resultate bei Nebenwahlen auf Länder- und europäischer Ebene mit den Ergebnissen der Landesverbände bei Bundestagswahlen, die mit der einzigen Ausnahme Bayerns einen Vorteil der Landesregierung zeigen, zu einer nicht sehr aussagekräftigen allgemeinen „Rollenpräferenz“ verrührt.

Unter den drei – mit der Einleitung vier – allgemeinen Beiträgen zur Parteiendemokratie im Mehrebenensystem positiv hervorzuheben ist hingegen jener von *Klaus Detterbeck* und *Wolfgang Rensch* zu den Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb. Dennoch sei angemerkt, dass die Tabellen zu den Regierungsbildungen nicht tatsächlich neue Regierungsbildungen in der jeweiligen Phase wiedergeben, sondern bereits amtierende Regierungen miterfassen.

Insgesamt wird der Sammelband der Parteienforschung ohne Zweifel wertvolle Dienste als Nachschlags- und Überblickswerk leisten. Im Zuge einer in nicht allzu weit entfernter Zukunft fälligen Aktualisierung sollten jedoch die angesprochenen Schwächen behoben werden.

Lembcke, Oliver. *Hüter der Verfassung. Eine institutionentheoretische Studie zur Autorität des Bundesverfassungsgerichts*. Tübingen. Mohr Siebeck 2007. 509 Seiten. € 74.

André Brodocz

Die generelle These von *Oliver Lembckes* insgesamt überzeugender Dissertation ist, dass die Macht des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) darauf beruht, als Autorität anerkannt zu werden. *Lembcke* interessieren v. a. die Mechanismen, mit denen das BVerfG selbst zu dieser Anerkennung beigetragen hat. Im Zentrum steht die vom BVerfG sich selbst

zugeschriebene Leitidee vom Verfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“. Im ersten Kapitel stellt er dafür dar, inwiefern die Leitidee des „Hüters“ der politischen Ordnung eng mit dem „Wissen“ über die jeweilige Ordnung verknüpft ist. Dabei hat er zunächst sowohl die ideengeschichtlichen Ursprünge dieses Konzepts im Blick als auch die Schmitt-Kelsen-Debatte. Von hier aus liefert der Autor dann einen Überblick über den Stand der juristischen Diskussion zur Frage nach dem Hüter der Verfassung. Im zweiten Kapitel stellt er daraufhin sein institutionentheoretisches Fundament vor. Mit Göhlers Konzept der intransitiven Macht politischer Institutionen zeigt er, wie politische Institutionen Autorität generieren können. Dies leitet elegant zum nächsten Kapitel über. Danach hängt die Autorität eines Verfassungsgerichts eng damit zusammen, wie es sich überhaupt erst selbst ermächtigen kann. Für das BVerfG sieht *Lembcke* diesen Akt der Selbstermächtigung in der Status-Denkschrift. Zuerst rekonstruiert *Lembcke* den Konflikt des BVerfG mit der Bundesregierung über dessen Vorstellung eines „Verfassungsorgans“. Im nächsten Schritt analysiert er, warum sich diese Leitidee durchsetzen konnte. Besonders spannend und überzeugend ist dann jedoch seine Analyse bezüglich der Fragen, wie das Leibholz'sche Konzept mit den Vorstellungen der Richter Friesenhahn, Draht und Geiger konkurrierte und warum es sich schließlich gegen diese alternativen Leitideen durchsetzen konnte. Entscheidend dabei ist, dass sich Leibholz' Vorstellung zu den konträren Konzepten von Friesenhahn und Draht ambivalent verhält und sich so als Position der „Mitte“ darstellt. Das „Selbstverständnis“ des BVerfGs, so *Lembckes* erstes Zwischenergebnis, ist somit keinesfalls „selbstverständlich“, sondern „das Ergebnis eines Prozesses der Selbstreferenz“ (166). Das vierte Kapitel greift dann im ersten Zugriff verschiedene Stationen in diesem Anerkennungsprozess heraus, an denen das BVerfG seinen Autoritätsanspruch erfolgreich gegen den Widerstand der Politik (am Beispiel der Urteile zu den EVG-Verträge und der Schmidt-Benda-Kontroverse), der übrigen Gerichtsbarkeit (am Beispiel der Beamtenrechtsentscheidungen) und der juristischen Fachöffentlichkeit (am Beispiel der Rezeption des Verfassungsorgan-Status) durchsetzte. Hier liefert *Lembcke* wieder eine profunde zeithistorische Analyse. In den drei folgenden Kapiteln beleuchtet er, unter welchen „Binnenverhältnissen“ (Kap. 5) und „Außenverhältnissen“ (Kap. 6 und 7) dieser Anerkennungsprozess vollzogen wurde. Als Binnenverhältnis wird die Verständigung zwischen den BVerfG-Richtern betrachtet. Dank seiner Interviews mit einigen BVerfG-Richtern zeichnet *Lembcke* hier ein Bild ihrer eigenen Rollenverständnisse. Die Kunst des Karlsruher Richterkollegiums besteht darin, trotz unterschiedlicher Rollenverständnisse zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen, die in der Außendarstellung als eine geschlossene präsentiert werden kann – und zwar immer wieder neu. Unter den Außenverhältnissen nimmt *Lembcke* im nächsten Schritt ins Visier, inwiefern das BVerfG Vertrauen unter den Bürgern genießt und wie die öffentliche Berichterstattung über das BVerfG dazu beiträgt. Eine besondere Rolle weist *Lembcke* dabei den Präsidenten und Vizepräsidenten zu. Sie sind als einzige berechtigt, für ‚das‘ BVerfG zu sprechen. Dass das BVerfG in der Öffentlichkeit ein gutes Bild abgibt, führt *Lembcke* darauf zurück, dass seine Präsidenten und Vizepräsidenten bis 2002 fast ausnahmslos vorher „politische Köpfe“ (311) waren. Besondere Bedeutung weist er der Benda-Präsidentschaft zu. Seitdem träten die BVerfG-Präsidenten nicht mehr nur reaktiv, sondern aktiv in öffentliche Debatten ein. Das wirke sich auch auf die Berichterstattung aus, die nicht mehr so positiv sei wie zuvor. Im siebten Kapitel wendet sich *Lembcke* folgerichtig der Frage zu, wieviel

Kritik eine Autorität verträgt. Als immer wiederkehrende Ansatzpunkte für die Kritik am BVerfG macht er die Richterwahlen und die Überlastung des BVerfG aus. Sondervoten wiederum seien eine Form der Kritik von Innen. Sie bieten für *Lembcke* einen „Krisen-gradmesser“ (384), an dem die Geschlossenheit des Richter-Kollegiums zu ermes- sen sei. Dass das BVerfG seine Krisen erfolgreich überstanden hat, führt *Lembcke* auf seinen spezifischen Schutz zurück: In horizontaler Hinsicht gebe es innerhalb des politischen Systems keine Institution, mit der es funktional konkurriert; in vertikaler Hinsicht träten dem BVerfG zwar der EuGH und die Landesverfassungsgerichte gegenüber, doch hier präsentiere sich das BVerfG – v. a. gegenüber dem EuGH – kooperativ und nehme so der möglichen Konkurrenz die Schärfe.

Im Gang der Argumentation erscheint das achte Kapitel zunächst wie ein Bruch. Losgelöst von den vorangegangenen Erkenntnissen reflektiert *Lembcke* hier noch einmal institutionentheoretische Überlegungen zur Verfassungsgerichtsbarkeit. Diese wären vielleicht besser bereits im zweiten Kapitel aufgehoben gewesen, denn dann hätte der Autor sie für seine Analyse nutzen können. Ähnliche Bedenken gelten dem letzten Kapitel über die Legitimität verfassungsgerichtlicher Macht. Hier löst sich *Lembcke* unnötig von seiner vorherigen Argumentation und diskutiert die Legitimitätsfrage nahezu ausschließlich normativ, ohne die Prozesshaftigkeit, die die Anerkennung als Autorität kennzeichnet, bei der Frage nach der Legitimität in Rechnung zu stellen. Vielleicht spiegelt sich hier aber auch nur eine Spannung, die die ganze Arbeit durchzieht. *Lembcke* identifiziert die Prozesshaftigkeit dieser Anerkennung von Autorität nicht am Verlauf, sondern am Wandel, der sich an den Differenzen zwischen verschiedenen historischen Momenten ablesen lässt. Allerdings ist dies auch gerade die herausragende Stärke dieser Arbeit, weil sie so – wie keine zweite – die *critical junctures* freilegt, die den Verlauf dieses Prozesses geprägt haben.

Internationale Beziehungen

Burchardt, Hans-Jürgen (Hrsg.). *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt und New York. Campus 2009. 336 Seiten. € 34,90.

Andreas Boeckh

Wer wie *Hans-Jürgen Burchardt* als Herausgeber in seinem Vorwort ankündigt, dass der vorgelegte Sammelband nicht nur den Forschungsstand zusammenfasst, sondern „den Wissensstand und die Debatten zu einem Themenfeld [...] vorantreiben [will]“ (7), weckt hohe Erwartungen. Wenn sich dann auch noch herausstellt, dass es um weit mehr geht als um den Wandel der Nord-Süd-Beziehungen, nämlich auch und v. a. um den kategorialen Umgang mit Staat und Herrschaft in den Ländern außerhalb der OECD, dann kann man sich bezüglich der Einlösung des eingangs formulierten Anspruchs durchaus Sorgen machen. Der thematische Bogen, der in den zehn Originalbeiträgen geschlagen wird, ist enorm.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile: Unter der Überschrift „Staat und Demokratie“ werden zunächst die Themen „Staatlichkeit und Governance. Regieren mit begrenzten Konzepten in Räumen begrenzter Staatlichkeit?“ (*Lars Brozus/Thomas Risse*), „Der strategisch-relationale Ansatz der Staatstheorie in der Süd-Perspektive“ (*Bob Jessop*), „Über Staatsgewalt in der Sub-Sahara und das Elend der Kategorien“ (*Heide Gerstenberg*) und „Von der Wahl zur Qual? Demokratie und Herrschaft außerhalb der OECD“ (*Hans-Jürgen Burchardt*) abgehandelt. Im zweiten Teil werden unter der Überschrift „Weltpolitik“ sowohl weltpolitische Problemlagen und Politikfelder (*Renate Mayntz*: „Nachhaltige Entwicklung und Governance – neue theoretische Anforderungen“, *Kristina Dietz*: „Prima Klima in der Nord-Süd-Beziehungen? Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse“, *Noémi Lendvai/Paul Stubbs*: „Globale Sozialpolitik und Governance: Standpunkte, Politik und Postkolonialismus“ sowie *Jonas Wolff*: „Die externe Förderung von Demokratie und Good Governance zwischen Dominanz und Konvergenz“) wie auch globale soziale Strukturmerkmale behandelt (*Max Koch*: „Klassen – und Sozialstrukturanalyse im transnationalen Dimension“, *Boike Rehbein*: „Aspekte der globalen Sozialstruktur“).

Dem Band liegt die vom Herausgeber sowohl in der Einleitung wie auch in seinem thematischen Beitrag deutlich formulierte Einsicht zu Grunde, dass sowohl in Bezug auf Demokratie und Herrschaft in den Ländern außerhalb der OECD als auch bei der Analyse der Nord-Süd-Beziehungen eine kategoriale Neubesinnung vonnöten sei. Dieser Bedarf wird nicht nur von der neuen Unübersichtlichkeit in den Nord-Süd-Beziehungen und der zunehmenden Fragwürdigkeit von Containerbegriffen verursacht, sondern auch und v. a. an dem oft mehr impliziten als expliziten Universalismus modernisierungstheoretisch inspirierter Analysen, welche geneigt sind, andere Konstruktionen von Gesellschaft und Staat, von Öffentlichem und Privatem, von Individuen und Kollektiven als die in der europäischen Entwicklungsgeschichte vorfindbaren als Abweichung bzw. als Defizit zu fassen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Staatsanalysen in den Ländern außerhalb der OECD sehr stark von Konjunkturen gesteuert waren: Nach der Schuldenkrise der 1980er Jahre war Entstaatlichung angesagt; nachdem dies nicht vermocht hatte, eine kapitalistische Entwicklung zu entfesseln, wurde der Staat als Funktionsvoraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung neu entdeckt, usw. Was fehlte, und was viele der auf diesen Rezepturen basierenden Empfehlungen ins Leere laufen ließ, waren Analysen jenseits der jeweils akuten Entwicklungskrisen, welche Staat und Gesellschaft in diesen Regionen als Phänomene eigenen Typs begreifen und nicht als irgendwie geartete Durchgangsstadien hin zu einer europäisch geprägten Moderne.

Die Frage, mit der sich alle Autoren im Rahmen ihrer Themen auseinandersetzen, und welche die Klammer des Bandes darstellt, ist die nach der Adäquatheit ihrer analytischen Kategorien. Genügt es, diese Kategorien auf andere Kontexte zu übertragen und sie dabei ggf. zu adaptieren, oder ist es nicht vielmehr angebracht und notwendig, analytische Kategorien aus den spezifischen Problemlagen und Kontexten der Länder außerhalb der OECD zu entwickeln?

Die Antworten darauf fallen höchst unterschiedlich aus, was nicht überraschen darf, da der Band als Ort der Kontroverse konzipiert ist. Es zeigt sich auch, wie schwer es ist, selbst bei aller Einsicht in die Problematik eurozentristischer Begriffe diese wirklich

hinter sich zu lassen: Immer wieder schleichen sich genau jene analytischen Muster ein, die man eigentlich überwinden möchte.

Dass die europäische Moderne ein historisch einzigartiges Phänomen sein könne, hat schon Max Weber vermutet, was jene Modernisierungstheorie gerne übersehen hat, die sich mit der Vorstellung der universellen Gültigkeit eben dieser Moderne auf ihn beruft. Seitdem ist der Vorwurf des Eurozentrismus gängige Münze, und es ist immer wieder Klage darüber geführt worden, dass die an den europäisch-amerikanischen Entwicklungspfaden orientierte Forschung der andersartigen Realität außereuropäischer Länder nicht gerecht werden könne. Zuletzt hat dies auch wieder in der Debatte über „multiple Modalitäten“ ihren Niederschlag gefunden. Der vom Herausgeber geforderte „Aufbruch ins Pluriversum“ ist daher so originell nicht, was er und andere durchaus genauso sehen. Dass diese Forderung immer wieder gestellt werden muss, macht deutlich, dass sie bisher kaum umgesetzt worden ist. Was den besonderen Wert dieses Bandes ausmacht, ist die Tatsache, dass er die Kontroversen, die sich im Spannungsfeld dieser Debatte herausgebildet haben, in kompakter Form präsentiert und dass er dies anhand einer breiten Palette von Themen tut, die durch die zentrale Fragestellung nach den angemessenen analytischen Kategorien aufeinander bezogen sind. Mit diesem Verfahren wird die Notwendigkeit einer kategorialen Neubesinnung anhand einer Vielzahl von Aspekten konkretisiert, was einer Debatte nur gut tun kann, die sich bislang oft auf einer eher metatheoretischen Ebene bewegt hat. Dass die Autorinnen und Autoren auf eine gemeinsame Fragestellung verpflichtet wurden und sich auch daran gehalten haben, gibt dem Buch eine innere Struktur, wie man sie bei Sammelbänden selten findet.

Der Herausgeber hat der Versuchung widerstanden, den Pluralismus der Standpunkte in Richtung eines neuen Paradigmas aufzulösen. Ein solches Vorhaben hätte angesichts des gegenwärtigen Diskussionsstandes zwangsläufig scheitern müssen. Das eingangs gegebene Versprechen, die Debatte voranzubringen, wird anders eingelöst: Die in dem Band enthaltenen Kontroversen tragen dazu bei, anstehende Fragen zu schärfen und zu konkretisieren. Dabei werden durchaus einige Schneisen in ein ziemlich unübersichtliches Gelände geschlagen. Wer sich über den Stand und die Richtung der kategorialen Neubesinnung bei der Analyse von Gesellschaften außerhalb des OECD-Raumes und der Nord-Süd-Beziehungen ein Bild machen will, und wer bereit ist, dabei je nach Standpunkt liebgewordene Vorstellungen infrage stellen zu lassen bzw. sich fruchtbaren Ärgernissen auszusetzen, der wird um diesen Band nicht herumkommen.

Crandall, Russell C. *The United States and Latin America after the Cold War*. New York. Cambridge University Press 2008. 260 Seiten. £ 15.99 (pb).

Brigitte Weiffen

Während Lateinamerika im Kalten Krieg für die USA einen zentralen Schauplatz ihres Kampfes gegen den Kommunismus darstellte, richtet sich spätestens seit dem 11. September 2001 die Aufmerksamkeit der US-Außenpolitik auf andere Weltregionen. Daraus resultiert die Frage, ob dies eine Vernachlässigung des Subkontinents mit sich bringt oder ob lediglich eine Akzentverschiebung der US-Aktivitäten in Lateinamerika weg von den

klassischen Sicherheitsbedrohungen stattgefunden hat. Seit der Jahrtausendwende ist eine Reihe von Büchern erschienen, die sich mit der Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten nach dem Fall der Berliner Mauer auseinandersetzen. Während einige davon sich auf die Politik einer einzelnen US-Präsidentschaft oder die bilateralen Beziehungen zu einem oder zwei ausgewählten lateinamerikanischen Ländern konzentrieren, wagt *Russell Crandall* in seinem Buch einen Gesamtüberblick. In den ersten fünf Kapiteln stellt er die politischen Leitlinien der drei US-Regierungen Bush Sr., Clinton und Bush Jr. in den für Lateinamerika besonders relevanten Feldern Demokratie(-förderung), Sicherheitspolitik und Außenwirtschaftspolitik dar. Anschließend vergleicht er die Reaktionen der US-Regierung und des IWF auf die Finanzkrisen in Mexiko, Brasilien und Argentinien in den 1990er Jahren miteinander. Die folgenden Fallstudien-Kapitel zu Kolumbien, Bolivien, Venezuela, Nicaragua, Brasilien, Kuba, Haiti und Mexiko rekonstruieren die Dynamik der bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern bis in das neue Millennium hinein.

Für die USA stehen in Kolumbien und Bolivien mit dem Kampf gegen die Drogen und im Verhältnis zu Mexiko mit illegaler Migration vor allem nichttraditionelle Sicherheitsprobleme im Zentrum des Interesses. Dagegen wirken in Bezug auf Kuba sowie in den Relationen zu Venezuela unter Präsident Hugo Chávez die aus der Ära der Ost-West-Konfrontation herrührenden Ressentiments gegen den Sozialismus fort. Haiti wiederum repräsentiert ein paradigmatisches Beispiel für die Neuausrichtung der westlichen Hemisphäre, da dort erstmals die Demokratienorm der OAS (Res. 1080 von 1991) zur Anwendung gebracht wurde.

Eine Besonderheit des Buches ist zweifellos, dass *Crandall* nicht nur als Wissenschaftler spricht, der bereits Monographien zu den militärischen Interventionen der USA in Mittelamerika und der Karibik sowie zur Kolumbien-Politik der USA veröffentlicht hat, sondern auch als Politikberater sowohl der Administration von G. W. Bush als auch des Wahlkampfteams von Barack Obama. Im Unterschied zu einer in der Literatur weit verbreiteten kritischen, die Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten anprangernden Haltung fällt sein Urteil über deren Lateinamerikapolitik differenziert aus: Er verweist auf die durchaus positiven Ziele der USA, zeigt aber gleichzeitig Widersprüche und offensichtliche Misserfolge ihrer Politik auf.

Als theoretische Folie legt der Autor eine Unterscheidung zweier idealtypischer Einschätzungen der US-Lateinamerikapolitik zugrunde: die der „establishment school“, welche die propagierten Ziele der Demokratisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung uneingeschränkt unterstützt und deren Verbreitung durch die US-Regierung als legitim erachtet, und die der „anti-imperialist school“, welche die moralische Integrität der US-Regierung in Zweifel zieht und ihr stattdessen Machtstreben als zentrale Motivation unterstellt. Insgesamt ist das Buch jedoch vorwiegend deskriptiv. Die Fallauswahl setzt den Schwerpunkt auf Mittelamerika, die Karibik und den Andenraum, während den wichtigen Ländern des südlichen Lateinamerikas wie Chile, Argentinien und Peru kein eigenes Kapitel gewidmet ist.

An einigen Stellen schimmern spannende Fragestellungen auf, etwa wenn die US-Unterstützung des Putsches gegen Chávez in Venezuela 2002 mit ihrem Eintreten gegen den Selbstputsch Fujimoris in Peru 1992 kontrastiert wird. Warum die USA gegenüber Peru in Übereinstimmung mit dem sich in den 1990er Jahren herausbildenden Demokra-

tieförderungs-Regime der OAS die Unterbrechung der verfassungsmäßigen Ordnung verurteilten, während sie im Falle Venezuelas als einziger Staat der Region und in offensichtlicher Missachtung der erst 2001 verabschiedeten Interamerikanischen Demokratie-Charta den Putsch stillschweigend duldeten, wäre durchaus eine vertiefte Analyse wert.

Das Buch unternimmt jedoch kaum Erklärungsversuche für derartige Widersprüche der US-Politik. Es verfolgt keine weitergehende theoretische Fragestellung etwa dergestalt, ob nach dem Ende des Kalten Krieges in den US-lateinamerikanischen Beziehungen eine Entideologisierung stattgefunden hat, die es auf lateinamerikanischer Seite selbst (links-) populistischen Führungsfiguren wie Chávez, Morales und Ortega erlaubt, zwischen anti-imperialistischer Rhetorik und pragmatischer ökonomischer Interaktion mit dem nördlichen Nachbarn zu lavieren. In einem solchen Rahmen wäre auch zu untersuchen, warum in der aktuellen Lateinamerikapolitik der USA mal Demokratieförderung oder die nichttraditionellen Sicherheitsrisiken Drogenhandel, Terrorismus und Migration im Vordergrund stehen, ein andermal dagegen die sicherheitspolitische Logik des Kalten Krieges eine Revitalisierung erfährt.

Ungeachtet dieser Desiderate werden all jene Wissenschaftler, politischen Entscheidungsträger und Lateinamerika-Interessierte das Buch mit großem Gewinn lesen, die über die jüngste US-Politik in den behandelten Politikbereichen oder in Bezug auf eines der in den Fallstudien dargestellten Länder einen schnellen, aktuellen und spannenden Überblick erhalten wollen. Das Buch eignet sich aufgrund seiner eingängigen Erzählweise zudem durchaus für Studierende als Einführung in die interamerikanischen Beziehungen, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass bei Verwendung in der Lehre neben den theoretischen Grundlagen angesichts der Vielfalt der angesprochenen Themen auch einiges an Faktenwissen und Vorgeschichte zu den einzelnen Ländern und zur US-Lateinamerikapolitik in der Epoche des Kalten Krieges aus anderen Quellen ergänzt werden müsste.

Overhaus, Marco. *Die deutsche NATO-Politik: Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus*. Baden-Baden. Nomos 2009. 393 Seiten. € 49.

Christian Tuschhoff

Marco Overhaus zeigt in seiner Studie zur NATO-Politik der Bundesrepublik, dass Deutschland auch seit dem Ende des Kalten Krieges einen konstant hohen Gestaltungswillen aufbrachte, um die Allianz politisch neu zu gestalten. In allen Fragen militärischer Reformen war Deutschland dagegen weitaus weniger aktiv, passte sich eher der Allianz an oder versuchte den Reformprozess zu behindern. In ihrer NATO-Politik habe sich die Bundesregierung nicht von unmittelbaren, sondern bestenfalls von mittelbaren Sicherheitsinteressen leiten lassen. Dieses empirische Ergebnis siedelt *Overhaus* zwischen den Interpretationen des Neorealismus – ungezügelt deutsches Machtstreben nach wieder gewonnener Souveränität – einerseits und des Konstruktivismus – reflexhafter Multilateralismus, dominiert von einer Wertekultur militärischer Zurückhaltung – andererseits an. Er selbst vertritt eine institutionalistische Position, die jedoch sehr stark funktionalistisch und konstruktivistisch modifiziert wurde. Denn Interessen werden anders als im Institutionalismus endogenisiert, indem deutscher Gestaltungswillen und Funktionsverständnis

der NATO zu zentralen Untersuchungsgegenständen erhoben werden. Bei beiden handelt es sich jedoch um sozial konstruierte und nicht um exogen vorgegebene Interessen.

Die gesamte Empirie umfasst die Sichtweisen, Absichten und Ziele der Bundesregierung und nur am Rande die Ergebnisse außenpolitischen Handelns. So wird Gestaltungswillen am Aktivitätsgrad und den Absichten gemessen und umfasst nicht die Gestaltungskraft oder – leistung. Auch die Maßstäbe für Einflussnahme (*control over resources, actors, outcomes*) wurden nicht motivunabhängig. Insoweit ist die Studie eine sehr materialreiche und detailgetreu recherchierte Motivgeschichte deutscher NATO-Politik seit 1990.

Overhaus ist zuzustimmen, dass die deutsche NATO-Politik deklaratorisch darauf abzielte, die Allianz in eine Organisation umzuformen, die die politische Ordnung in Europa stabilisiert und damit die militärischen Aufgaben zunehmend überflüssig macht. Hierbei sei Deutschland gerade bei der Osterweiterung – vorwiegend bei der ersten – besonders erfolgreich gewesen. Beim militärischen Krisenmanagement und den Veränderungen nach 9/11 habe Deutschland sich eher an die Allianz angepasst, sei jedoch bemüht gewesen, unter Nutzung eigener militärischer Beiträge die Militarisierungspläne anderer Verbündeter zu be- oder sogar zu verhindern.

Bei dieser Interpretation folgt *Overhaus* weitgehend der Selbsteinschätzung der beteiligten Akteure wie z. B. des damaligen Chefs des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, Ulrich Weisser, der die Durchsetzung der Osterweiterung als Erfolg deutscher NATO-Politik feiert. Diese Interpretation beruht maßgeblich darauf, dass die Studie v. a. als Motivgeschichte deutscher Akteure geschrieben wurde, die insbes. die *inputs* und kaum die *outputs* analysiert. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass der deutsche Einfluss auf die NATO-Reformen im Vergleich zum Einfluss anderer Verbündeter systematisch überschätzt wird, zumal ein Ländervergleich nicht angestrebt wurde. In der Logik des Institutionalismus hätte es auch gelegen, zwischen Kooperation und Harmonie zu unterscheiden. Dies hätte eine Einschätzung ermöglicht, ob Deutschland die Osterweiterung tatsächlich gegen den Widerstand anderer Verbündeter durchsetzen konnte oder ob in dieser Frage gar keine gravierenden Kooperationshindernisse überwunden werden mussten (also Harmonie herrschte).

Overhaus widerspricht außerdem den Interpretationen anderer Autoren wie z. B. Stephen Szabo, die den nachlassenden deutschen Druck nach der ersten Erweiterungsrunde mit fehlenden Sicherheitsinteressen erklären: Die politischen Begründungen der Akteure, so *Overhaus*, ließen keine unterschiedlichen Funktionsverständnisse erkennen. Der Grund für diesen und andere Befunde liegt darin, dass *Overhaus* diese Aussagen zum Nennwert nimmt, ohne sie einer kritischen Prüfung oder genauen Sprachanalyse zu unterziehen. Insbesondere vermisst man Überlegungen dazu, dass alle so sorgsam zusammengetragenen öffentlichen Aussagen im Kontext von innen- und außenpolitischen Willensbildungs-, Mehrheitsbeschaffungs- und Rechtfertigungsprozessen getroffen wurden. Es ist nicht zu erwarten, dass eine Bundesregierung öffentlich erklärt, die NATO solle einen (wenig wahrscheinlichen) Krieg mit Russland nicht – wie im Kalten Krieg – auf deutschem, sondern auf polnischem Territorium austragen. Ein derartiges militärisches Funktionsverständnis von der Allianz, das *Overhaus* nicht herauszuarbeiten vermag, liegt eher verborgen in Formulierungen wie der, dass Deutschland nunmehr nur noch von befreundeten Ländern umgeben sei. Prägnanter und offener vertraten Verteidigungsminister

Struck mit seiner Aussage, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, oder General Naumann dieses spezifisch militärische Funktionsverständnis von der NATO, wie aus dem ausgebreiteten Material durchaus hervorgeht. In diesen impliziten und vom Autor abweichenden Schlussfolgerungen liegt deshalb auch der Wert dieser Untersuchung, die überdies eine Prognose zur Koalitionsbildung im Diskurs zwischen den Verbündeten über das neue strategische Konzept der NATO ermöglicht. Weitgehend unbemerkt geblieben ist, dass sich Deutschland seit 1990 in einem wichtigen Punkt dem angelsächsischen Sicherheitsdenken angeschlossen hat: Kriege dürfen zur Schonung der Zivilbevölkerung nicht auf dem eigenen Territorium ausgetragen, sondern müssen möglichst weit von den eigenen Grenzen nach vorne verlagert werden. Mit dieser Position befindet sich Deutschland im Einklang mit der unveränderten Position der USA. Andere Verbündete streben dagegen danach, das strategische Konzept der NATO wieder eng an der Beistandsklausel (Art. 5) auszurichten. Der anstehende Diskurs müsste zeigen, dass die NATO einen Weg finden muss, um die sicherheitspolitischen Interessendifferenzen zwischen den Nachbarn Russlands einerseits und den anderen Mitgliedern andererseits mit einem neuen strategischen Konzept zu überbrücken. Zum Hintergrund der deutschen Position in dieser laufenden Debatte bietet die Studie von *Marco Overhaus* gerade dann eine spannende und sehr lesenswerte Lektüre, wenn man die Interpretation und Schlussfolgerung des Autors nicht teilt.

ten Brink, Tobias. *Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster. Westfälisches Dampfboot 2008. 307 Seiten. € 27,90.

Stefan Schmalz

Tobias ten Brink setzt sich in seinem Buch das ehrgeizige Ziel, eine theoretische Grundlage zur Erklärung der fortwährenden Existenz zwischenstaatlicher Konkurrenzverhältnisse zu entwickeln. Er grenzt sich dabei sowohl von Ansätzen (neo-) realistischer als auch klassisch-imperialismustheoretischer Provenienz ab. Denn beide – sehr unterschiedlichen – Strömungen neigen dazu, historische Entwicklungstrends zu überzeichnen und „ewige Logiken des ‚Kapitalismus‘ bzw. der ‚Staatenwelt‘ abzuleiten“ (47). Das Anliegen des Autors ist es hingegen, einen analytischen Rahmen für Geopolitik zu entwickeln, der verschiedenen historischen Konstellationen gerecht wird. *Ten Brink* bedient sich dazu einer heterodoxen Lesart der Kategorien von Theoretikern wie Marx, Harvey oder Lefebvre, die er in einem einheitlichen Theoriegebäude zusammenbringt. Die provokative These des Buches besagt, dass innerhalb des Kapitalismus eine latente, strukturell bedingte Gewaltförmigkeit vorherrscht, die sich in einzelnen historischen ökonomischen Konkurrenz- und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen je unterschiedlich manifestiert.

Als Ausgangspunkt seiner Analyse macht *ten Brink* vier zentrale Strukturmerkmale des Kapitalismus aus: das Lohnarbeitsverhältnis als „vertikale Konfliktachse“ zwischen Kapital und Arbeit, das Konkurrenzverhältnis als „horizontale Konfliktachse“ zwischen Unternehmen, das staatlich garantierte Geldverhältnis und zuletzt die sich im Staat äußernde Trennung des Politischen von der Ökonomie und die damit verbundene Pluralität der Einzelstaaten. Auf der Ebene der Geopolitik sind für den Autor insbesondere

das Konkurrenzverhältnis und die Fragmentierung des Kapitalismus in Einzelstaaten von Bedeutung. Unter Rückgriff auf David Harvey zeigt *ten Brink*, dass sich die weltweite ökonomische Entwicklung ungleich, aber kombiniert vollzieht und entgegen neoklassischen Annahmen zu keiner Konvergenz des globalen Raums führt. Vielmehr herrsche ein wechselseitiges Verhältnis von geopolitischer und ökonomischer Konkurrenz, ja von kapitalistischer und territorialer Macht vor. Diese Konkurrenzverhältnisse blieben entgegen der These einer „postnationalen Konstellation“ auch vor dem Hintergrund der wachsenden Transnationalisierung der Weltwirtschaft erhalten: „Aus den Artikulationen von Kooperations- und Konkurrenzverhältnissen zwischen staatlichen Machtstrategien geht kein glatter, sondern ein durch viele Akteure konfliktuell strukturierter internationaler Raum hervor.“ (266) Kritisch angemerkt sei an dieser Stelle, dass einige dieser Überlegungen in den Studien des kürzlich verstorbenen Weltsystemtheoretikers Giovanni Arrighi implizit bereits enthalten sind.

Die wachsende Transnationalisierung führte, so *ten Brink*, zu einer historischen Änderung der Ausprägung der Strukturmerkmale des Kapitalismus. Folglich artikulierten sich die beiden Konkurrenzverhältnisse in einem neuen historisch-konkreten Rahmen. *Ten Brink* charakterisiert deshalb auch verschiedene „Weltordnungsphasen“. Er umschreibt drei zentrale Epochen: eine Phase des „klassischen Imperialismus“ von 1870–1945, eine Phase des „Supermacht-Imperialismus“ von 1945–1989 und eine Phase der „neuen Weltunordnung“ ab 1989. Im Rahmen dieser Veränderungen hätten sich sowohl auf der Ebene der sozioökonomischen Entwicklung als auch in der Konstruktion von Staatlichkeit tiefgreifende Umbrüche vollzogen. Zur genaueren Analyse übernimmt der Verfasser Robert Cox' Konzepte von hegemonialen und nicht-hegemonialen Weltordnungen. Außerdem unterscheidet er zwischen Formen weicher Geopolitik, die sich auf „die Einflussnahme auf einem fremden Territorium mit vorwiegend friedlichen Mitteln“ (191) beschränke, und harter Geopolitik, die auf „eine politische bzw. militärische Kontrolle externer Räume“ (191) ziele.

In der ersten Phase (1870–1945) herrschten erhebliche sozioökonomische Krisen, die mit der Erosion der britischen Hegemonie einhergingen. Innergesellschaftliche Radikalisierungen eskalierten in Form von harter Geopolitik in zwei Weltkriegen. Die zweite Phase vom Zweiten Weltkrieg bis 1989 war von der Pax Americana und dem Ost-West-Konflikt geprägt, was von klassischen Imperialismustheorien nicht mehr erfasst werden konnte. Der Clou von *ten Brinks* Argumentation besteht darin, die Wirtschaftsordnung der Sowjetunion als einen „bürokratischen Staatskapitalismus“ (204) zu interpretieren. So fasst er treffend die Mischformen von weicher und harter Geopolitik im Ringen der Supermächte sowie die Eindämmung von Staatenkonflikten innerhalb der westlichen Welt in sein theoretisches Raster. Auch die Herausbildung von internationalen politischen Institutionen erfolgte innerhalb dieser Auseinandersetzung. Ab 1989 hinterließ der Zusammenbruch des Ostblocks ein geopolitisches Vakuum, das zunächst durch die alleinige Hegemonie der USA gefüllt wurde.

Heute haben sich jedoch neue geopolitische und ökonomische Konkurrenzverhältnisse herausgebildet. Die USA konnten ihre hegemoniale Führung nicht festigen. *Ten Brink* diskutiert deshalb die „konfliktbeladene Partnerschaft“ (243) zwischen der EU und den USA und kommt zu dem Schluss, dass am ehesten dann, wenn die „USA [...] seltener freiwillig in multilaterale Verfahren einwilligen [...] eine Verschärfung der Konkurrenz-

verhältnisse“ drohe. Als wahrscheinlicher sieht ten Brink wachsende Konflikte zwischen der aufstrebenden Großmacht China und den USA. Offensichtlich ist jedoch, dass die Regierung Obama auf eine eher multilaterale Ausrichtung setzt, was der These von wachsenden Konflikten zumindest entgegenläuft und in einer zweiten Auflage diskutiert werden müsste.

Dennoch ist es *ten Brink* gelungen, Unzulänglichkeiten älterer, oftmals einseitiger Imperialismustheorien durch eine Theorie kapitalistischer Geopolitik zu überwinden und auf diese Weise ein neues Licht auf das Thema zu werfen. Die Lektüre des Buches empfiehlt sich deshalb gerade Kennern der Internationalen Beziehungen, insbesondere im Feld der Friedens- und Konfliktforschung.

Doppelrezension

Holtsmark, Sven G., und Brooke A. Smith-Windsor (Hrsg.). *Security prospects in the High North: geostrategic thaw or freeze?* Rom. NATO Defence College 2009 (NDC Forum Papers No. 7). 200 Seiten.

Seidler, Christoph. *Arktisches Monopoly: Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion*. München. Deutsche Verlags-Anstalt 2009. 286 Seiten. € 19,95.

Helga Haftendorn

Das spektakuläre Aufpflanzen der russischen Fahne am 3. August 2007 auf dem Meeresboden unter dem Nordpol hat die internationale Aufmerksamkeit auf die Polarregion gelenkt. Als Folge des Klimawandels schmilzt in der Arktis nicht nur das Eis, sondern auch eingefrorene Konflikte tauen auf. Viele Streitfälle bestehen zwar seit Jahrzehnten, waren aber unter der dicken Eisdecke quasi eingefroren. Klimawandel und technischer Fortschritt haben ihnen nun eine neue Aktualität gegeben. Das Abschmelzen der einst undurchdringbaren Eisflächen im arktischen Archipel gibt Lagerstätten von Öl, Gas und seltenen Metallen frei und macht neue Schifffahrtsrouten attraktiv. Der Wettlauf um den Erwerb von Besitzrechten in der Region und den Anspruch, die arktischen Bodenschätze auszubeuten, welche die Anrainerstaaten mit demonstrativen Akten untermauern, führt zu potentiell gefährlichen Spannungen. Experten warnen darüber hinaus vor nicht wiedergutzumachenden Folgen menschlicher Aktivitäten in einer der ökologisch sensibelsten Zonen der Welt.

Zu diesem Problemkomplex sind 2009 zwei nützliche Bücher erschienen, die gegensätzliche Positionen zu der Frage vertreten, ob die Spannungen in der Arktis sich zu brennenden zwischenstaatlichen Konflikten auswachsen werden.

Wie bereits der Titel seines Buches andeutet, sieht *Seidler* die akute Gefahr, dass es zu einem Wettlauf um die reichen Energieressourcen der Polarregion kommen könnte. Er weist darauf hin, dass sich nach Untersuchungen des Geologischen Dienstes der USA fast ein Viertel der unerschlossenen, aber technisch erreichbaren Öl- und Gasvorkommen der Welt in der Arktis befinden. Außerdem könnte das Abschmelzen des Eises der Schifffahrt neue Handelsrouten nach Fernost durch den kanadischen Archipel und entlang der Küste

Sibiriens eröffnen. Trotz seiner journalistischen „Schreibe“, die das Buch zu einer spannenden Lektüre macht, beschreibt *Seidler* die Situation zutreffend, wenn auch vielleicht etwas zu alarmistisch.

Eine entgegengesetzte Position vertreten Beiträge einer von *Holtmark* und *Smith-Windsor* durch die Forschungsabteilung des NATO Defence College herausgegebenen Broschüre. Die Mehrzahl der Autoren – durchweg hoch angesehene internationale Fachleute – leugnet die von *Seidler* geschilderten Fakten nicht, stellt sie aber in den Gesamtzusammenhang der Außen- und Rohstoffpolitik der Arktisanrainer und interpretiert ihre Folgen daher anders.

In einem fundierten Beitrag analysiert die jetzt in Reykjavik lehrende langjährige Direktorin des SIPRI, *Alyson Bailes*, die Möglichkeiten der Kooperation bei den anstehenden arktischen Konflikten. Sie argumentiert, dass multifunktionale, multiinstitutionelle und Mehrebenen-Ansätze die größten Chancen auf Erfolg böten, wobei keine formellen Verträge erforderlich seien. Bisher handelt es sich bei der Arktis um eine rechtlich wenig verregelte Region. Der norwegische Völkerrechtler *Alf Håkon Hoel* erläutert, dass die Seerechtskonvention von 1982 nur einen groben Rahmen bietet, die speziellen Probleme der Polarregion aber ausspart.

Nur am Rande wird in dem Band auf die Interessen und Positionen der Anrainerstaaten eingegangen, wobei der Beitrag der in Norwegen arbeitenden Autorin *Katarzyna Zyśk* besonders interessant ist, der sich mit der russischen Nordpolitik befasst. Sehr detailliert geht sie auf die tradierten Feindbilder Moskaus ein, die zu Akten der Selbstbehauptung und vermehrten russischen Verteidigungsanstrengungen im Hohen Norden führen. Einige ihrer Aussagen werden aber durch die neue russische Arktisstrategie relativiert, die konsensualer formuliert ist und auf die Frau *Zyśk* noch nicht eingehen konnte. Zwei andere Beiträge beantworten die Frage nach der Konfliktrichtigkeit der arktischen Streitfälle daher auch entspannter. *Kristine Offerdal* befasst sich mit der Ausbeutung der Energieressourcen und *Frédéric Lasserre* mit der Nutzung der Schifffahrtsrouten im Hohen Norden. Ihr programmatischer Titel „Myths and Realities“ deutet bereits an, dass nach Auffassung der Verfasser die Möglichkeiten zu einer kommerziellen Nutzung sehr überschätzt werden und noch Jahrzehnte entfernt sind.

Die Herausgeber kommen daher zu dem Schluss, dass es falsch wäre, in einen unbegründeten Alarmismus zu verfallen, der die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung berge. Sie empfehlen vielmehr, dass der Westen stattdessen einen nachhaltigen Beitrag zu Stabilität und Wohlstand der Region leisten solle. Da die Polarregion aber mit den anderen Weltgegenden eng verflochten sei, müssten immer auch die globalen Folgen bedacht werden. Wichtig sei auch, dass sich die NATO – der vier der fünf Arktisanrainer angehören – um eine enge Kooperation mit den anderen arktischen Staaten, vor allem aber mit Russland, bemühe.

Jeweils auf ihre Art bieten beide Bücher hervorragende Einführungen in die Probleme einer Region mit voraussichtlich großer Zukunft.

Sammelrezension

Anderson, Jeffrey J., G. John Ikenberry und Thomas Risse (Hrsg.). *The End of the West? Crisis and Change in the Atlantic Order*. Ithaca, NY. Cornell University Press 2008. 298 Seiten. € 19,99.

Kopstein, Jeffrey, und Sven Steinmo (Hrsg.). *Growing Apart? America and Europe in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA und New York. Cambridge University Press 2008. 254 Seiten. € 17,99.

McGuire, Steven, und Michael Smith. *The European Union and the United States. Competition and Convergence in the Global Arena*. Basingstoke. Palgrave Macmillan 2008. 324 Seiten. € 30,99.

Alexander Höse

Der transatlantische Konflikt über den Irakkrieg des Jahres 2003 hat eine Reihe zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Analysen der europäisch-amerikanischen Beziehungen nach sich gezogen. Eine erste Welle derartiger Bücher erschien bereits 2004; sie waren in erster Linie narrativ und konzentrierten sich auf die Irakkrise der vorhergehenden zwei Jahre. Eine zweite Welle von Büchern fand einen Höhepunkt im Jahr 2008, in dem eine Vielzahl von Monographien und Sammelbänden zum Thema der transatlantischen Beziehungen erschien, die eine analytischere Ausrichtung und ein höheres Reflexionsniveau aufwiesen als die früheren Werke. Die drei in dieser Rezension vorgestellten Bände sind wichtige Vertreter dieser „zweiten Welle“.

Der von *Jeffrey Anderson*, *G. John Ikenberry* und *Thomas Risse* herausgegebene Band kommt einem typischen Sammelband in den Internationalen Beziehungen (IB) am nächsten. Er behandelt die transatlantischen Beziehungen – und deren Krise – in erster Linie als ein Phänomen der internationalen Politik. In dieser Perspektive benutzt der Band Konzepte und Analysekatoren, die in den IB geläufig sind, wie etwa Struktur, Ordnung, Konflikt, Krise, Bedrohung, Souveränität. Gegen eine solche Perspektive wendet sich explizit der von *Jeffrey Kopstein* und *Sven Steinmo* herausgegebene Band. In ihrem Einführungskapitel betonen die Herausgeber, dass, wer verstehen wolle, was *zwischen* den Staaten des Westens geschehe, zunächst verstehen müsse, was *in* diesen Staaten vor sich gehe (2). Der komparative Ansatz des Bandes entspricht der Verankerung der beiden Herausgeber in der Vergleichenden Politikwissenschaft. Das Buch von *Steven McGuire* und *Michael Smith* schließlich unterscheidet sich von den beiden anderen dadurch, dass es sich erstens um eine Monographie handelt, die zweitens nicht die Krise in den transatlantischen Beziehungen der letzten Jahre zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Analyse macht, sondern weiter in die Geschichte zurückblickt. Zudem schlagen sich auch hier die wiederum unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkte der Herausgeber – Internationale Wirtschaft (*McGuire*) und Europäische Politik (*Smith*) – in den Inhalten des Buches nieder.

John Ikenberry, Mitherausgeber des ersten hier besprochenen Bandes, macht gleich auf der ersten Seite deutlich, worin die Besonderheit der Irakkrise bestand: „For the first time in the postwar era, a German chancellor opposed Washington in full public view on a fundamental issue of security [...] European hostility to the United States – its polity, power, and

policy – reached historic levels“ (1). Vor diesem Hintergrund, so *Ikenberry*, stellten sich zwei Kernfragen: Handelte es sich um einen Konflikt, der zwar besonders heftig ausfiel, der aber – wie frühere Konflikte – wieder vorübergehen würde, oder wurden wir Zeugen eines tiefergehenden Umbruchs in den europäisch-amerikanischen Beziehungen? Und: was waren die Gründe für die Krise? *Ikenberry* fährt fort, dass der Band drei Ziele verfolge: Erstens solle das theoretische Verständnis der Logik von Konflikt und Krise in den innerwestlichen und internationalen Beziehungen verbessert werden; zweitens solle die neue, interdisziplinäre Forschungsagenda zu den transatlantischen Beziehungen identifiziert werden; drittens solle die Relevanz verschiedener Theorien der internationalen Beziehungen überprüft werden.

Ikenberry grenzt den Begriff des Konflikts von dem der Krise ab. Während Konflikte ein natürliches, unvermeidliches und in ihren Auswirkungen begrenztes Phänomen in der Politik darstellten, könnten sie sich unter außerordentlichen Umständen zu politischen Krisen auswachsen, die dadurch gekennzeichnet seien, dass die Existenz der politischen Ordnung selbst bedroht ist. *Ikenberry* folgt damit Ralf Dahrendorf, der Konflikte zum allgegenwärtigen Bestandteil menschlicher Gesellschaft erklärt hat. Dem steht die stärker differenzierende Konflikttheorie Kurt Singers gegenüber, der Konflikt als eine Wettbewerbssituation definiert hat, in der eine kritische Spannung zwischen den Akteuren die Organisation ihres Beziehungszusammenhanges gefährdet. Leider nimmt *Ikenberry* auf diese breite konflikttheoretische Debatte – in der auch Konfliktlösungsmechanismen unterschieden wurden, die den von *Ikenberry* vorgeschlagenen ähneln – keinen Bezug. Dies ist angesichts der zentralen analytischen Funktion, die *Ikenberry* den Begriffen Konflikt und Krise zuschreibt, und des theoretischen Anspruches, den der Autor und Mit-herausgeber erhebt, enttäuschend.

Desweiteren identifiziert *Ikenberry* vier „Gruppen von Variablen“, die als Indikatoren wie als Erklärungen für Krisen dienen sollen: Macht und Sicherheitsinteressen; Wirtschaftsbeziehungen; Institutionen und Recht; Werte und Identität (12). Damit erfasst er zugleich die thematische Bandbreite der Beiträge des Sammelbandes. Als Arbeitsdefinition bieten die Herausgeber an, dass der als atlantische Sicherheitsgemeinschaft definierte Westen in einer Krise sei, wenn in einer der vier genannten Variablengruppen, die auch als „konstituierende Elemente“ des Westens bezeichnet werden (268), fundamentale Schwierigkeiten auftreten. In der Summe zeichnen die Autoren des Bandes ein Bild, nach dem sich die europäisch-amerikanischen Beziehungen in einer ernsten Krise befinden, die gelöst werden kann, wenn beide Seiten konstruktiv an einer gemeinsamen Agenda und einer Neuordnung der Beziehung mitwirken. Der Krisenbefund gilt in erster Linie für die Sicherheitspolitik; hier zeichnet vor allem *Charles Kupchan* ein vergleichsweise düsteres Bild, in dem mit dem Verlust der Unteilbarkeit von europäischer und amerikanischer Sicherheit strategische Interessenunterschiede zwischen beiden Seiten deutlich hervortreten. Währenddessen blieben die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen von der Krise weitgehend verschont; allerdings machen *Jens van Scherpenberg* und *Kathleen R. McNamara* in getrennten Beiträgen deutlich, dass dies keinesfalls als Beleg für die politische Bindekraft der wirtschaftlichen Beziehungen gelten kann.

Die Beiträge im Band von *Kopstein* und *Steinmo* legen nahe, dass es zunehmend schwieriger wird, für eine gemeinsame atlantische Agenda eine gesellschaftliche Grundlage zu finden. Die vergleichenden Analysen zur Rolle der Religion (*Steven Pfaff*),

zum gesellschaftlichen Wertewandel (*Christopher Cochrane, Neil Nevitte und Stephen White*), zur Entwicklung der Medien (*Donald Morrison*), zu den wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen (*Mark Blyth*) und zur Immigrations- und Integrationspolitik (*Randall Hansen*) deuten auf mehr Divergenz als Konvergenz zwischen den USA und Europa hin. Eine besondere Hervorhebung verdient der Beitrag der drei Politikwissenschaftler der University of Toronto *Cochrane, Nevitte und White*, deren Studie zum Wertewandel durch ihre methodische und empirische Fundierung und ihre differenzierende Argumentation überzeugt. Auf der Grundlage von Daten des *World Values Survey* fördern sie Überraschendes zu Tage: etwa die Erkenntnis, dass in den USA mittlerweile die Haltung zu moralischen Fragen ein besserer Indikator für Ansichten in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ist als das Einkommen – und zwar dergestalt, dass eine konservativ-religiöse Grundhaltung mit einer größeren Ablehnung der Umverteilung von Wohlstand einhergeht.

Der Band schließt mit zwei Beiträgen, die das europäisch-amerikanische Verhältnis aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen analysieren. *Daniel Drezner* weist u. a. darauf hin, dass multilaterale Institutionen für die USA und Europa unterschiedliche Bedeutungen haben: Während die USA diese Institutionen nur als ein Mittel zum Zweck sähen und sie nur unterstützten, wenn dies der Wahrung der Reputation der USA diene, sei Multilateralismus für die Europäer ein Wert an sich. Ebenso wie *Drezner* sieht auch *Laurent Cohen-Tanugi* gute Chancen, dass eine grundsätzliche Gefährdung der transatlantischen Beziehungen durch eine geschickte Steuerung seitens der Regierungen abgewendet werden kann. Die Hereinnahme dieser beide Beiträge durchbricht die Systematik des Bandes als ein Werk der vergleichenden Politikanalyse, und es wäre konsequenter gewesen, an die Stelle dieser Beiträge weitere vergleichende Studien zu stellen, etwa zur Umwelt- oder zur Sozialpolitik. Eine wichtige Erkenntnis des Bandes von *Kopstein und Steinmo* ist, dass parallel zu den Differenzen zwischen den Gesellschaften Europas und der USA auch die Unterschiede innerhalb der westlichen Gesellschaften, v. a. in den USA, wachsen. Die Herausgeber sehen darin das Resultat einer Gegenbewegung zum Triumph des amerikanischen Modells, die sich innerhalb wie außerhalb des Westens zeige. Sie deuten diese Entwicklung im Sinne Karl Polanyis, der im Siegeszug des Wirtschaftsliberalismus die Gegenbewegung zu ihm bereits angelegt sah.

Das dritte Buch zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass die Autoren *McGuire und Smith* eine thematisch sehr breite Analyse der transatlantischen Beziehungen bieten. Nach einem Kapitel zur Geschichte der Beziehungen seit 1945 und einem weiteren über Akteure, Strukturen und Prozesse in den transatlantischen Beziehungen folgen Abhandlungen zur Handels-, Währungs- und Geldpolitik. Neben diesen klassischen Politikfeldern decken die Autoren auch solche ab, die in der politikwissenschaftlichen Literatur wenig Beachtung finden, etwa Investitions- und Wettbewerbs- sowie Innovationspolitik. Die Sicherheitspolitik rückt gegenüber den wirtschaftspolitischen Themen in den Hintergrund, und leider fallen die Kapitel zu diesem Sachbereich gegenüber dem Rest des Buches auch qualitativ ein wenig ab. Die wichtigste transatlantische Organisation, die NATO, findet kaum Beachtung, und die weltordnungspolitischen Ansätze der USA und der EU werden etwas zu holzschnittartig dargestellt, etwa wenn es heißt: „[T]he chapter has characterized the EU as a form of ‚trading state‘, emphasizing the search for stability, the use of multilateral strategies and the exploitation of ‚soft power‘ based on recipro-

city and problem solving [... T]he United States, on the other hand, can be characterized as a ‚warrior state‘, searching for advantage, prepared to act unilaterally and to use ‚hard power‘, particularly military force, in pursuit of national advantage“ (259).

Ebenfalls zu oberflächlich bleibt die Behandlung theoretischer Ansätze der Internationalen Beziehungen, die als „images“ verschiedene Deutungsrahmen für die Analyse der transatlantischen Beziehungen bieten sollen. Da diese „images“ die übrige Analyse nicht strukturieren, wäre es besser gewesen, auf sie zu verzichten, zumal das Buch mit dem Leitthema „competition and convergence“ sowie der systematischen Darstellung der Komponenten des „euro-amerikanischen Systems“ im zweiten Kapitel nicht unter einem Mangel an konzeptioneller Anleitung leidet. Beachtung verdient das Buch unter anderem aufgrund zweier Thesen zur Entwicklung der transatlantischen Beziehungen: Zum Einen machen *McGuire* und *Smith* den radikalsten Wandel in diesen Beziehungen in der Mitte der 1980er Jahre aus, als die USA unter Präsident Ronald Reagan in der Außen- wie in der Wirtschaftspolitik einen radikalen und zugleich wankelmütigen Kurs einschlugen, während sich die EU in der Folge ihrer Erweiterungen und der Einheitlichen Europäischen Akte stärkte. Zum Anderen treten die Autoren der These entgegen, die Nachkriegsgeschichte sei v. a. durch eine Annäherung Europas an das amerikanische Modell gekennzeichnet gewesen; stattdessen betonen sie den prägenden Einfluss der Europäer in vielen Bereichen der transatlantischen Ordnung.

In der Gesamtschau der hier besprochenen Werke bleibt festzuhalten, dass sie hinsichtlich ihrer Konzeption und ihrer spezifischen Stärken und Schwächen so unterschiedlich sind, dass es sich empfiehlt, die Bücher als sinnvolle Ergänzungen zueinander zu lesen. Der Band von *Anderson*, *Ikenberry* und *Risse* bleibt zwar ein wenig hinter den eigenen, hohen Ansprüchen zurück, ist aber in der theoretischen Behandlung des Gegenstandes der stärkste, während sich der Band von *Kopstein* und *Steinmo* v. a. durch die hohe Qualität vieler Einzelbeiträge und das Buch von *McGuire* und *Smith* durch ihre thematische Breite auszeichnen.

Vergleichende Politikforschung

Akude, John Emeka. *Governance and Crisis of the State in Africa. The Context and Dynamics of the Conflicts in West Africa*. London. Adonis & Abbey 2009. 348 Seiten. € 30,99.

Andreas Heinemann-Grüder

Die Ursachen für fragile Staatlichkeit und Staatszerfall in Afrika beschäftigen Forschung und Entwicklungspolitik seit bald zwei Jahrzehnten. *Akudes* an der Universität zu Köln abgeschlossene Dissertation startet mit der These, dass Staatsschwäche aus der politischen Ökonomie und den Interessen postkolonialer afrikanischer Staaten resultiert und diese Schwäche dem Staatszerfall stets vorausging. Nach einer kenntnisreichen Diskussion der verschiedenen Theorien zum Staat in Afrika untersucht der Autor in sechs vergleichenden Fallstudien zu Liberia, Sierra Leone, Guinea Bissau, den Kapverden, zur Elfenbeinküste und Guinea die Staatsschwäche bzw. kollabierende Staatlichkeit.

Akude stellt die Diskussion um fragile und kollabierende Staatlichkeit in den Kontext der afrikanischen Staatsbildung, deren Pathologien er historisch, sozial und politökonomisch verortet. Er kombiniert Argumente zur Pfadabhängigkeit mit solchen zu Akteursinteressen und stellt fest, dass sich die dominanten Patron-Klienten-Muster und die Strukturen eines modernen Staates fundamental widersprechen. Nicht mangelnde Demokratie sei Kern des Problems, auch nicht das Manko an guten Bürokraten, sondern das Fehlen elementarer Imperative für Staatsbildung. Der afrikanische Staat bedürfe zum Selbsterhalt nicht der Kapazitäten zur Steuererhebung (d. h. anderen als natürlichen Ressourcen); innere Stabilität sei für die Abwehr äußerer Aggressionen nicht vonnöten; es gäbe keinen Zwang zur Trennung von ökonomischer und politischer Macht; schließlich fehle der Wunsch, zum Westen aufzuschließen. Die afrikanischen Staaten hätten ihre Souveränität nicht erkämpfen oder behaupten müssen, weshalb sie zwar *de jure* Staaten seien, ihre Souveränität im Sinne eigener Gestaltungsmacht jedoch keine positive empirische Tatsache sei. Freilich ist der Staat dort, wo die Unabhängigkeit mit Blut und Eisen erkämpft wurde, auch nicht zwingend stärker.

Für eine Belastung hält *Akude*, dass Afrika unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft die Staaten bei Wahrung von Demokratie und Menschenrechten bilden musste – eine für die Zeit vor 1989/90 fragwürdige Behauptung. In Anknüpfung an Migdal, Ekeh und Jakobeit argumentiert *Akude*, dass starke Führer sozialer Organisationen anstelle des Staates primordiale soziale Kontrolle ausübten und die Akzeptanz des Staates mit staatlichen Ressourcen von diesen „strongmen“ erkaufte werden müsse. Der Oktroi eines kolonialen Staates und dessen Übernahme nach der Unabhängigkeit habe dauerhaft den Glauben an die Legitimität des Staates untergraben. Schließlich habe Nepotismus den Aufbau einer qualifizierten Bürokratie unterminiert. Die schwache Institutionalisierung von Ordnung bei gleichzeitiger Aufblähung des Apparates ist demnach rational für einen neo-patrimonialen Schattenstaat.

Zu Recht kritisiert *Akude* den eklektischen und unpolitischen Charakter der Debatten um gute bzw. schlechte Regierungsführung. Im Auf und Ab der Erklärungen für Gewaltökonomien in Afrika entscheidet sich *Akude* für eine Kombination von Gier- und Groll-Argumenten. Jahrzehnte schlechter Regierungsführung bildeten den Ausgangspunkt für eine Delegitimierung des Staates, dem die ökonomischen und militärischen Gelegenheiten der Ausbeutung folgten, d. h. die Gewaltökonomie. Schlechte Regierungsführung ist laut *Akude* die entscheidende Erfahrung, die systemstürzende Koalitionen von politischen Radikalen mit kriegsökonomischen Opportunisten und Kriminellen hervorbringt.

Die knappen Länderkapitel unterscheiden jeweils nach Hintergrundbedingungen, unmittelbaren Ursachen, der Dynamik des Gewaltkonfliktes, der Kriegsökonomie und dem Konfliktmanagement. In einigen westafrikanischen Staaten profitierten die Gewaltakteure von porösen Grenzen, externer Unterstützung und der Möglichkeit, Nachbarn zu destabilisieren. Dem (internationalen) Konfliktmanagement hält *Akude* vor, dass illegitime Akteure inthronisiert werden, nur um den Eindruck von wiedererlangter Staatlichkeit zu erwecken.

Die Untersuchung basiert auf einer umfassenden Auswertung der theoretischen Sekundärliteratur. Bisweilen werden die Ansätze jedoch nur additiv vorgetragen; es entsteht dann der Eindruck eines Literaturüberblicks, aus dem immer längere Listen an begünstigenden Faktoren für schwache oder kollabierende Staatlichkeit entstehen.

Staatschwäche wird von *Akude* als ein etabliertes Faktum behandelt, eine Entscheidung zwischen den mittlerweile zahlreichen Indikatorensets trifft er nicht. Mit der Rede von „den“ afrikanischen Staaten, den „afrikanischen Massen“, „transnationalen politischen und ökonomischen Kräften“ oder „der Logik guter Regierungsführung“ pauschalisiert *Akude* stark.

Das Buch ist engagiert und pointiert geschrieben, es hat nicht nur die akademische Welt, sondern die Paradigmen der westlichen Entwicklungszusammenarbeit im Blick. Wer den Verlauf der Debatten um gute versus schlechte Regierungsführung und zu afrikanischen Gewaltökonomien nachvollziehen will, ist mit dem Buch vorzüglich bedient. Das Buch desillusioniert, denn Akteure, die ein Eigeninteresse an guter Regierungsführung haben könnten, findet der Autor nicht.

Arzheimer, Kai. *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 501 Seiten. € 49,90.

Christoph Kopke

Gegenstand der Studie sind die Wahlerfolge der extremen Rechten in Westeuropa in der Zeit von 1980 bis 2002/2003. Der Beginn des Untersuchungszeitraums wird inhaltlich damit begründet, dass sich zu diesem Zeitpunkt die skandinavischen Fortschrittsparteien programmatisch zum Rechtsextremismus entwickelten und der französische *Front National* sich neu ausrichtete, woran sich eine Reihe weiterer europäischer Rechtsparteien orientierten. Die Begrenzung auf 2002/2003 ist forschungspraktisch begründet.

Arzheimer untersucht vergleichend die Wählerschaften dieser Parteien und fragt nach Gründen, die die elektoralen Erfolge erklären. Vier Forschungsfragen werden aufgeworfen. Kurz gefasst: Warum wählen Menschen rechtsextreme Parteien? Mit welchem methodisch-theoretischen Ansatz lässt sich dies „möglichst sparsam und elegant“ (22) erklären? Warum schwanken die Wahlergebnisse extrem rechter Parteien so stark, und warum ist die ‚extreme Rechte‘ in einzelnen Ländern dauerhaft schwach?

Eingangs erörtert *Arzheimer*, welche Parteien in Europa der ‚extremen Rechten‘ bzw. dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Interessanterweise – *Arzheimer* sagt sogar „verblüffenderweise“ (27) – herrsche in der Literatur „weitestgehend Einigkeit“ (27) darüber, welche Parteien dem Gesamtphänomen zuzuordnen und welche in einem Grenzbereich anzusiedeln seien. Dabei sehe es mit den grundlegenden Begrifflichkeiten völlig anders aus: Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus würden in der Literatur jeweils sehr unterschiedlich und mitunter kontrovers definiert, verwendet und diskutiert. *Arzheimer* widmet sich ausführlich den Vorzügen und Nachteilen der jeweiligen Begriffsbildungen. Als Arbeitsbegriff verwendet er für seine Studie die Sammelbezeichnung ‚extreme Rechte‘. Hierunter subsumiert er Parteien, die „1. gesellschaftspolitisch ‚rechte‘ Positionen vertreten und insbesondere die Einwanderung von nicht-westeuropäischen Ausländern begrenzen und deren Rechte einschränken wollen; 2. innerhalb ihres jeweiligen politischen Systems eine Außenseiterposition einnehmen [und] 3. häufig ein problematisches Verhältnis zur liberalen Demokratie haben, aber nicht notwendiger-

weise extremistisch sind“ (39), wobei extremistisch hier im Sinne von antidemokratisch zu verstehen ist.

Im zweiten Kapitel führt *Arzheimer* methodische Ansätze und Theorien der Wahlforschung mit Ansätzen und Befunden aus der Extremismusforschung zusammen. Zum einen rekonstruiert er das sogenannte Ann-Arbour-Modell, „das als allgemeines Modell der Wahlentscheidung gelten kann“ (126). Zum anderen rekurriert er – anknüpfend an gemeinsame Vorarbeiten mit Jürgen W. Falter – auf die schon klassisch zu nennende Arbeit von Scheuch und Klingemann („Theorie des Rechtradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“, 1967), die für *Arzheimer* bereits den Ausgangspunkt für die Integration verschiedener theoretischer Ansätze bildet und für die er Erweiterungen und Ergänzungen vorschlägt.

Im Anschluss und als Zwischenfazit entwickelt der Verfasser insgesamt 22 Hypothesen, die zum Teil weiter untergliedert bzw. aufeinander bezogen werden und in denen Zusammenhänge zwischen persönlichen Einstellungen, sozialer Lage, politischen Entwicklungen, Diskursen usw. und der Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der ‚extremen Rechten‘ formuliert werden. Die Hypothesen werden im anschließenden dritten Kapitel mit Hilfe komplexer statistischer Untersuchungen überprüft, wobei die methodische Vorgehensweise ausführlich transparent gemacht wird. Die verwendeten Datensätze werden in einem Anhang aufgeführt und ausführlich erläutert, ein weiterer Anhang thematisiert „Probleme bei der Analyse rechter Wahlentscheidungen mit Hilfe von binären logistischen Datensätzen“ (409 ff.). Zuvor führt *Arzheimer* die Ergebnisse seiner vergleichenden Längsschnittstudie zusammen und bestätigt bzw. falsifiziert die einzelnen Hypothesen.

Wesentlich für die Wahl extrem rechter Parteien sind demnach die Parteienidentifikation und manifeste ideologische Einstellungen: „Obwohl ein deutlicher Einfluß der Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems nicht von der Hand zu weisen ist, kann die These von der ‚unideologischen Protestwahl‘ damit als widerlegt gelten“ (385). Dies ist sicher für den künftigen Umgang mit dem Phänomen ‚extreme Rechte‘ das wichtigste Ergebnis, wenngleich es nicht Gegenstand der Studie war, Folgerungen und Politikempfehlungen zu formulieren. Weiter konnte *Arzheimer* mit seiner Kombination aus Ann-Arbor-Modell und erweiterter Scheuch-Klingemann-Theorie einen geeigneten Analyserahmen entwickeln, um die Wahl rechtsextremer Parteien zu erklären. Nur teilweise kann er allerdings die Fragen nach der Volatilität und der dauerhaften Schwäche extrem rechter Parteien in einzelnen Ländern erklären.

Kai Arzheimer hat mit diesem Buch eine sehr ambitionierte, methodisch durchdachte, anspruchsvolle und überzeugende Studie vorgelegt, deren Komplexität und kompliziertes Design dem Leser freilich auch einiges abverlangt.

Nassmacher, Karl-Heinz. *The Funding of Party Competition. Political Finance in 25 Democracies*. Baden-Baden. Nomos 2009. 467 Seiten. € 69.

Michael Koß

Karl-Heinz Nassmacher kann als der Doyen der Parteienfinanzierungsforschung in Deutschland bezeichnet werden. Seine Meriten, die er zu Beginn dieses jüngst erschienenen

Werkes aufzählt, sind in der Tat beeindruckend: Er hat ausgiebige Feldforschung in einer Reihe von Ländern betrieben, eine beträchtliche Anzahl einschlägiger Dissertationen betreut und war zudem maßgeblich an der (wegen der Vielzahl der berücksichtigten Länder und der durchweg vergleichenden Perspektive unverzichtbaren) Studie zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) beteiligt. Daneben stand er lange dem „Research Committee on Political Finance and Political Corruption“ der IPSA vor und war Mitglied der von Bundespräsident Roman Herzog eingesetzten Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung. Erkennbar handelt es sich bei der vorliegenden Monographie um einen Versuch, Bilanz zu ziehen und die gesamte Literatur zur Politikfinanzierung auf einen Nenner zu bringen. Dieses Vorhaben gelingt – mit allen Vorzügen und Nachteilen des Forschungsstandes.

„The Funding of Party Competition“ kreist um grundlegende Fragestellungen auf der deskriptiven (wie haben sich die Ausgaben und Einnahmen von Parteien entwickelt?), normativen (schadet *big money* der Demokratie?) und erklärenden Ebene (was sind die Ursachen und vor allem Folgen von Politikfinanzierungsregimes?). Berücksichtigt werden bis zu 25 etablierte Demokratien, de facto jedoch aufgrund der schlechten Datenlage häufig eine geringere Zahl. Dennoch kommt dem Buch der Charakter eines Handbuchs zu, der – zumindest für Interessierte – die Anschaffung rechtfertigt. Am besten ist „The Funding of Party Competition“ immer dort, wo es mit bis heute kolportierten vermeintlichen Weisheiten über Entwicklungen im Bereich der Parteienfinanzierung aufräumt. Beispielsweise gelingt es *Nassmacher*, die Ausgabenniveaus von 18 Demokratien akribisch nachzuzeichnen. Überraschenderweise stellt sich so heraus, dass klientelistische Patronageparteien teurer als technologisch hochgerüstete Medienparteien sind. Noch bemerkenswerter ist, dass *Nassmacher* auf breiter empirischer Basis mit dem Mythos der Ausgabenexplosion im Politikbetrieb entwickelter Demokratien aufräumen kann. Ein nicht geringer Teil des vermeintlichen Anstiegs lässt sich durch die verbesserte Datenlage erklären, gemessen an Pro-Kopf-Einkommen oder Inflationsrate sanken die Ausgaben häufig sogar im Zeitverlauf. Ebenso ist *Nassmacher* für seinen Mut zu klaren Urteilen zu loben, etwa wenn er Unternehmensspenden als mittlerweile ungefährlich für gleiche Wettbewerbschancen der Parteien bezeichnet.

Getrübt wird der insgesamt positive Eindruck des Buches, wenn *Nassmacher* von der deskriptiven bzw. normativen auf die erklärende Ebene wechselt und die Ursachen und Folgen von Politikfinanzierungsregimes zu ermitteln sucht. Bei der Suche nach den Ursachen für verschiedene Ausgabenniveaus oder die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung wäre es sinnvoll gewesen, stärker auf den potenziellen Zusammenhang von unabhängigen Variablen einzugehen (z. B. mit Hilfe detaillierter Fallstudien oder der gerade bei mittleren Fallzahlen geeigneten Fuzzy-Set-QCA). Was die Folgen von Politikfinanzierungsregimes anbelangt, so werden potenziell intervenierende Variablen nicht hinreichend berücksichtigt, obwohl *Nassmacher* selbst die mangelnde Einbettung der Parteienfinanzierungsliteratur in die vergleichende Politikwissenschaft als Manko des Forschungsstandes bezeichnet. Selbst wenn der Autor den Einfluss der (staatlichen) Parteienfinanzierung auf Parteien und Parteiensysteme stets relativiert, stellt sich die Frage, ob es nicht hilfreich gewesen wäre, auch den Einfluss anderer Variablen systematisch zu diskutieren. Ein Beispiel: Mir erscheint es zweifelhaft, ob die nach der Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung stark gestiegene Fragmentierung des belgischen Parteiensystems tatsächlich auf die öffentlichen Zuwendungen zurückgeht,

wie es die Werte der Tabelle „Fragmentation of party systems (and the influence of public funding)“ (356) nahelegen. Ist die Logik nicht eher die entgegengesetzte, d. h. könnte nicht gerade die Föderalisierung Belgiens (die m. E. enger mit der Fragmentierung des Parteiensystems zusammenhängt als die Finanzierung der Parteien) eine Bedingung für eine umfassende staatliche Parteienfinanzierung auf den verschiedenen Ebenen des belgischen politischen Systems darstellen? Diese Frage wird leider nicht erörtert.

Abstrakt liegt das (von Hubert Sickinger schon 1997 formulierte) Problem jeder Analyse der Folgen von Politikfinanzierungsregimes darin, dass v. a. die staatliche Parteienfinanzierung eher eine abhängige als eine unabhängige Variable darstellt, mithin also schwerlich eigenständige Folgen zeitigt. *Nassmacher* kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Ob dazu allerdings die ausführliche Diskussion (auch von ihm selbst) längst verworfener Hypothesen (wie etwa der Erstarrung von Parteiensystemen durch die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung) nötig gewesen wäre? Hier bleibt die Monographie den eingangs erwähnten Nachteilen des Forschungsstandes verhaftet. Zuzustimmen ist *Nassmacher* darin, dass der umstrittene Typus der Kartellpartei ursprünglich zu stark auf Phänomene der Parteienfinanzierung gründet. Das haben allerdings Richard Katz und Peter Mair, von denen die Kartellpartei these stammt, vor geraumer Zeit auch schon zugestanden.

Fazit: Mehr wäre mehr gewesen, weniger allerdings auch. Mehr, weil insbesondere die Frage nach den Ursachen von Ausgabe- und Einnahmestrukturen mehr Aufmerksamkeit verdient hätte. Weniger, weil dafür andere, bereits ausführlich behandelte Fragestellungen in den Hintergrund hätten treten können. Aufgrund der Struktur der Monographie als Überblicksdarstellung liegt diese Kritik möglicherweise in der Natur der Sache begründet. Allein aufgrund seiner Materialfülle handelt es sich bei „The Funding of Party Competition“ nichtsdestotrotz um ein Standardwerk, das Ergebnisse und Desiderata der Parteienfinanzierungsforschung eindrucksvoll darstellt.

Schneider, Hans-Peter, Jutta Kramer und Beniamino Caravita di Toritto (Hrsg.). *Judge made Federalism? The Role of Courts in Federal Systems*. Baden-Baden. Nomos 2009. 260 Seiten. € 49.

Steven Schäller

Die Entscheidung *Brown v. Board of Education* des US Supreme Court steht nicht allein für den Beginn einer aktivistischen Rolle des Obersten Gerichts der USA in Bürgerrechtsfragen. Zugleich markierte diese Entscheidung auch den Auftakt einer Forschung über Gerichte und deren Entscheidungen, welche sich auf die soziologische Dimension und die beobachtbaren Wirkungen der Judikative konzentriert. Denn jenseits der normativen Geltung dieser Supreme-Court-Entscheidung war die Rassentrennung an Schulen damit lange noch nicht aufgehoben. Seither lässt sich eine methodisch durchaus vielfältige Forschungsrichtung mit einem ausgeprägten Interesse an der Wirkungsweise von Gerichten beobachten. In diese Tradition ist auch der vorliegende, von *Hans-Peter Schneider, Jutta Kramer* und *Beniamino Caravita di Toritto* herausgegebene Band einzuordnen. Der Fokus dieser komparativ angelegten Publikation liegt auf dem spezifischen Einfluss von

(Verfassungs-)Gerichten auf das föderale Ordnungsprinzip in Bundesstaaten. Hervorgegangen ist der Band aus der Jahrestagung der „International Association of Centres for Federal Studies“ in der Villa Vigoni 2005.

Aus der Gesamtschau der – bis auf die Einleitung allesamt in Englisch verfassten – Beiträge lassen sich drei methodische Perspektiven auf das Problem der Wirkungsweise von Gerichten beobachten: eine nomokratisch-dogmatische, eine rechtshistorische und eine rechtssoziologische. Erstens setzt die nomokratisch-dogmatische Perspektive die Geltung von Richterrecht bereits voraus und ordnet dieses dann in die Dogmatik des positiven Rechts ein. Die Wirkung von Gerichtsentscheidungen auf den Föderalismus wird hier reproduziert als „juristische“ Wirkung von Richterrecht auf den Korpus des Bundesstaatsrechts. Diese Perspektive vernachlässigt den Unterschied zwischen der juristischen Dimension der Soll-Geltung und der soziologischen Dimension der Ist-Geltung von Gerichtsentscheidungen. Zweitens beobachtet die rechtshistorische Perspektive aktuell geltende Rechtsprinzipien und führt diese auf frühere Gerichtsentscheidungen zurück. So gesehen sind Gerichte einflussreich, weil sich ihre Entscheidungen als wirksam herausgestellt haben. Dieser Zirkelschluss unterschlägt die Rolle der handelnden Akteure im Bundesstaat. Das Gericht könnte ebenso allein als Stichwortgeber eines Rechtsprinzips angenommen werden. Die soziologisch beobachtbare Geltung dieses Rechtsprinzips kommt aber vielleicht erst dann zustande, wenn sich einzelne Akteure in ihren Handlungen darauf berufen. Drittens schließlich fragt daher die rechtssoziologische Perspektive nach den beobachtbaren Wirkungen von Rechtsprechung und versucht zugleich Faktoren zu isolieren, die als Explanans für die beobachtete „Wirkung“ herangezogen werden können. Dabei gilt dann die Wechselwirkung zwischen Gericht und politischen Akteuren als der zentrale Untersuchungsgegenstand: „Without studying this response [to Constitutional Court decisions, StS] from politicians, it is difficult to assess whether judge-made federalism makes a difference in Russia“ (Trochev, 108).

Die letztere Perspektive kann zwar als vielversprechend bei der Beantwortung der Frage des Bandes angesehen werden, wird aber nur von einer Minderzahl der Beitragenden eingenommen. So legen *Alexei Trochev* für den russischen und kanadischen Fall, *John Kincaid* für den amerikanischen Supreme Court und – mit einigen Abstrichen – auch *G. Alan Tarr* für die Verfassungsgerichte der amerikanischen Bundesstaaten die Wechselwirkungen zwischen Verfassungsgerichten und bundesstaatlichen Akteuren dar. Insbesondere Trochev – dessen luzider Beitrag zu Russland besonders hervorzuheben ist – arbeitet einerseits die besonderen Voraussetzungen einer politischen Kultur heraus, die notwendig erscheinen, um einem Gericht überhaupt eine Stimme im stellenweise existenziellen Kampf der russischen Elite zu sichern. Andererseits zeigt er, wie das Gericht unter unsicheren Zukunftsaussichten vor der politischen Machtzentrale einknickt und damit föderale Akteure schwächt, sich aber gleichzeitig auf prozeduralem Weg ein langfristiges und von den politischen Akteuren bislang nicht bestrittenes Mitspracherecht bei föderalen Machtkonflikten sichern kann.

Auf eine schwerpunktmäßig historische Analyse setzen *Robert Hazell* mit Überlegungen zum Privy Council in Großbritannien, *Hans-Peter Schneider* mit einer Analyse zu Eckpfeilern des verfassungsrichterlich geschöpften Bundesverfassungsrechts in der Bundesrepublik und *Nico Steytler* mit einer Analyse des südafrikanischen Verfassungsgerichts. Als beachtenswertes Ergebnis *Steytlers* zeigt sich, dass das südafrikanische Ver-

fassungsgericht die junge Republik zu stabilisieren sucht, indem es den unerfahrenen Provinzregierungen Kompetenzen entzieht und diese der Zentralregierung zuweist. *Hazell* zeigt, dass es den politischen Akteuren im Westminster-System schwer fällt, föderale Konflikte vor Gerichten rechtsförmig auszutragen. Dem Privy Council wird so gar nicht erst die Gelegenheit gegeben, auf die *devolution* Einfluss zu nehmen.

Der Rest der Beiträge kann mehr oder weniger der nomokratisch-dogmatischen Perspektive zugeordnet werden, so u. a. *Miguel A. Cabellos Espiérrez* zu Spanien, *Jutta Kramer* zum Bundesverfassungsgericht oder *Anna Gamper* zum Österreichischen Verfassungsgerichtshof. Diese Texte leisten einen soliden Beitrag zur dogmatischen Einordnung von Verfassungsrechtsprechung in die jeweiligen nationalstaatlichen Rechtssystematiken. Eine befriedigende Antwort auf den Beitrag der Rechtsprechung zum Föderalismus können sie jedoch aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Sicht nur eingeschränkt geben.

Der Band wird schließlich mit einem etwas irritierenden Beitrag von *Thomas Fleiner* abgeschlossen. Er vergleicht die Rechtstraditionen von *common law* und *civil* (oder *continental*) *law* und berichtet über deren unterschiedliche Auswirkungen auf die politische Kultur, das öffentliche Recht, die juristische Ausbildung und die Globalisierung. Ein thematischer Bezug zur Fragestellung des Bandes lässt sich hier nur schwer konstruieren, auch wenn sich *Hans-Peter Schneider* in der Einleitung alle Mühe gegeben hat, einen solchen herzustellen.

Insgesamt hinterlässt der Band einen zwiespältigen Eindruck. Er oszilliert zwischen aufschlussreichen und informativen Beiträgen und solchen, die nicht ganz verleugnen können, dass sie einem gemüthlichen Wissenschaftstourismus an die Ufer italienischer Seen entspringen.

Europäische Union

Haller, Max. *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. 545 Seiten. € 34,90.

Martin Höpner

Der Grazer Soziologe *Max Haller* nimmt die Ergebnisse der französischen, niederländischen und irischen Referenden zum Verfassungsvertrag und zum Vertrag von Lissabon zum Ausgangspunkt einer elitentheoretischen Kritik am europäischen Integrationsprozess. Dazu zieht er eine reichhaltige empirische Datenbasis heran, die von qualitativen Interviews auf nationaler und europäischer Ebene über biografische Daten und zum Teil eigens erhobene international vergleichende Umfragedaten bis hin zu historischen Dokumenten und Reden reicht, um nur einige zu nennen. Die Quintessenz seiner Argumentation lautet: Die europäische Integration nützt vor allem einer in Entstehung begriffenen Eurokratie und wird mit zweifelhaften Integrationsmythen verklärt, um das weitere Wachstum der Eurokratie zu legitimieren.

Die Argumentation lässt sich wie folgt zusammenfassen. Seit langem schon bestehe eine ausgeprägte Kluft zwischen den Integrationspräferenzen der Bevölkerung und der

Eliten. Während die Eliten von der europäischen Integration systematisch profitiert hätten, zögen die Bevölkerungen keinen vergleichbaren Nutzen aus ihr. Das gelte v. a. für die politischen Eliten, für die die europäischen Institutionen einen großen, lukrativen, privilegierten und wachsenden Arbeitsmarkt darstellen. Die „Abschiebung“ nach Brüssel sei für politische Parteien eine willkommene Möglichkeit, ausgedienten Politikern einen akzeptablen Abgang zu verschaffen. Das Wachstum der Eurokratie, so *Haller*, verlaufe rasant, linear und ungebremst, und das Einkommen der Eurokraten übersteige jenes der nationalen Bürokraten mittlerweile signifikant. Der Umfang der EU-Bürokratie werde mitunter unterschätzt, weil auch auf nationaler Ebene „Stellvertreterbürokratien“ im Entstehen begriffen seien, die letztlich der EU-Bürokratie zugerechnet werden müssten. Die EU-Bürokratie sei durch Abschottung und eine spezifische Resozialisierung ihrer Mitglieder gekennzeichnet; es entwickle sich ein eigenes Bewusstsein, ein spezifischer Lebensstil und über Partei- und Ländergrenzen hinweg geteilte Interessen an weiterer Ausdehnung der Eurokratie.

Sowohl die sozialen als auch die wirtschaftlichen Erfolge der europäischen Integration sind nach *Haller* bei Licht besehen bescheiden – und werden von den Bevölkerungen realistischer eingeschätzt, als es in den Integrationsmythen der Eliten zum Ausdruck kommt. Zu letzteren zähle etwa die Behauptung, die fortschreitende Vertiefung der Integration sei zum Erhalt des Friedens in Europa notwendig. Nicht die europäische Integration sei für die Abwesenheit von Kriegen in Europa verantwortlich, sondern die Demokratisierung, zu der die Integration ihrerseits nichts Nennenswertes beigetragen habe. Die EU, so folgert der Autor im abschließenden Kapitel, solle sich auf den Charakter einer sozialen Rechtsgemeinschaft beschränken, sich aus der materiellen Politikproduktion aber heraushalten.

Haller hat ein faszinierendes, streitbares und unbequemes Buch vorgelegt. Gewiss, nicht jeder der zahlreichen Schlenker und Exkurse wäre notwendig gewesen, um die elitentheoretische Perspektive und die aus ihr abgeleitete Kritik zu entwickeln. Insbesondere *Hallers* Vorschläge für institutionelle Reformen und wünschenswerte Verhaltensweisen nationaler und europäischer Akteure (Kap. 8) ergeben sich nicht unbedingt aus der Analyse und hätten weggelassen werden können. Das ändert aber nichts an der Schärfe und Klarheit der Argumentation – was kritische Einwände nicht ausschließt.

Sechs seien beispielhaft genannt. (1) Anders als vom Autor nahegelegt, liefert die Unterschiedlichkeit der Integrationspräferenzen von Eliten und Bevölkerungen keine hinreichende Erklärung für die Asymmetrie von marktschaffender und marktgestaltender Integration. Diese Asymmetrie hat andere, nämlich strukturelle – politökonomische – Ursachen. (2) Bei *Haller* erscheinen Gewerkschaften als (auf europäischer Ebene unterrepräsentierte) Verlierer der Integration (79, 191). Für sie gilt aber im Prinzip dasselbe wie für den Rest der Gesellschaft: Für einfache Mitglieder hat die europäische Integration eine andere Brisanz als für Funktionäre der Verbände, für die ein willkommener neuer Arbeitsmarkt entsteht. (3) Der Autor legt nahe, dass die EU zuvorderst ein Verhandlungssystem unter Kontrolle der Mitgliedstaaten ist (126, 158, 441), was aber angesichts der „Integration durch Recht“, deren Auswüchse er kritisiert, zweifelhaft erscheint. Delegation und Usurpation von Kompetenzen müssen gleichermaßen im Auge behalten werden. (4) In der Wirtschaftsintegration „auch Elemente eines neuen Korporatismus auf großer Stufenleiter“ (219) angelegt zu sehen, scheint im Widerspruch zu den empirischen Befunden aus Kap. 4 zu stehen, es sei denn, man legt eine weitgehend anspruchslöse

Korporatismusdefinition zugrunde. (5) Die quantitative Analyse der Häufigkeit von Wortnennungen in den Verträgen (Kap. 7) vermag nicht durchweg zu überzeugen, kommen beim sozialen Defizit der europäischen Integration doch gerade jene politökonomischen Ursachen zum Tragen, die auch durch eine häufigere Nennung des Sozialen in den Verträgen nicht beseitigt würden. (6) Was hilft die vom Autor geforderte explizite Verankerung sozialer Grundrechte auf Vertragsebene (Kap. 8) angesichts eines EuGH, der sich auf eine Interpretation festgelegt hat, der zufolge die Ausübung solcher Grundrechte selbst in den Kernbereichen mitgliedstaatlicher Souveränität nur unter Beachtung der Binnenmarktregeln erfolgen darf?

Keine Frage, an *Hallers* Buch kann und muss man sich reiben. Wie auch immer man zu seiner Kritik steht: Der Band leistet eine willkommene Schärfung einer soziologisch-elitentheoretischen Perspektive auf die europäische Integration, die konkurrierende (v. a. politökonomische) Perspektiven nicht ersetzen, wohl aber sinnvoll ergänzen kann.

Puetter, Uwe. *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU*. Wien. facultas.wuv 2009, 269 Seiten. € 18,90.

Henning Deters

Uwe Puetters Buch ist als dritter Band der Reihe „Europa Kompakt“ des Wiener Verlags facultas.wuv erschienen, die nach eigener Darstellung einen fundierten Überblick über Geschichte, Institutionen und Politikprozesse der europäischen Integration anbieten will. Dieser Zielsetzung wird das Buch durchaus gerecht, das in acht Kapiteln die Vorgeschichte und die zentralen Inhalte der titelgebenden Politikfelder, ihre wichtigsten Akteure sowie die dort vorherrschenden Verfahren und Steuerungsinstrumente beschreibt. Es füllt damit eine Lücke in der deutschsprachigen monografischen Literatur, die in erster Linie aus spezialisierten Fallstudien einzelner Policies oder Instrumente besteht oder sich dem Einfluss der europäischen Integration auf die nationalen Wohlfahrtsstaaten widmet. Mit *Puetters* Einführung liegt nun erstmals auch ein deutschsprachiges Einführungswerk vor, das sich gezielt an (angehende) Politikwissenschaftler/innen richtet.

Entsprechend der Konzeption als Lehrbuch schließen die einzelnen Kapitel jeweils mit einer kleinen Auswahl an weiterführender Literatur; ein Glossar am Ende des Buches informiert über Fachbegriffe. Nach einer knappen Einleitung informiert das zweite Kapitel über die Bedeutung der wirtschafts- und sozialpolitischen Komponenten der europäischen Integration. Beide seien für einen funktionierenden Binnenmarkt grundlegend. Während erstere in Gestalt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Transaktionskosten für europäische Unternehmen verringere, helfe letztere Wettbewerbsverzerrungen, kompetitive Deregulierung und durch verschärften Wettbewerb bedingte soziale Härten zu vermeiden. Zugleich legt *Puetter* Wert auf die Feststellung, dass beide Komponenten eng miteinander verschränkt seien, unter anderem weil die WWU auf nationaler Ebene sozialpolitische Spielräume eingeschränkt habe, für die nun auf europäischer Ebene vermehrt nach Ersatz gesucht werde. Das dritte Kapitel bietet einen historischen Abriss der lange erratisch verlaufenen Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Trotz gelegentlicher Hinweise auf mögliche Spillover-Dynamiken (etwa beim Übergang vom

Europäischen Währungssystem zur vollwertigen WWU) und obwohl *Puetter* die widerstreitenden Positionen der Regierungen ausführlich nachzeichnet (etwa zwischen Frankreich und Deutschland in der Frage der Stabilitätspolitik), sucht man vergebens nach einer Diskussion integrationstheoretischer Perspektiven. Der Autor ist offenbar stärker daran interessiert, den Integrationsprozess zu beschreiben, als ihn in einen umfassenderen Interpretationsrahmen einzuordnen. Die Kapitel 4 und 5 schildern die Wirtschafts- und Währungspolitik bzw. die Sozialpolitik der EU in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Dabei konzentriert sich die Darstellung der ersteren vornehmlich auf die Bereiche Haushalt, Stabilisierung und Währung. Hier konstatiert *Puetter* einen „Dualismus von zentralisierter Währungspolitik“, deren Richtung von der supranationalen Europäischen Zentralbank (EZB) vorgegeben werde, und „dezentraler Wirtschaftspolitik“ (100), die mit Ausnahme der Defizitregel auf rechtlich unverbindlichen, intergouvernementalen Abstimmungen und Empfehlungen basiere. Dies erlaube es den Mitgliedstaaten, sich in haushaltspolitischen Fragen weiterhin formal als autonom zu betrachten, obwohl sie es wegen der Defizitregel und der ausschließlichen Stabilitätsverpflichtung der EZB tatsächlich schon längst nicht mehr seien. Die europäische Sozialpolitik berühre vor allem Fragen der „Regulierung sowie der Koordinierung nationaler Praktiken“ (141). Sie habe sich in weiten Teilen parallel mit dem Binnenmarkt und diesen flankierend fortentwickelt, wie *Puetter* an den Beispielen Arbeitsmobilität, Arbeitszeit und -umgebung sowie Geschlechtergleichstellung belegt. Als weitere Bestandteile der europäischen Sozialpolitik diskutiert *Puetter* die verschiedenen regionalpolitischen Fonds und die weichen Koordinierungsmechanismen in den Bereichen Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung, Eingliederung und Armutsbekämpfung.

Die zentralen Entscheidungsorgane, ihre Funktion und ihr Einfluss sind Gegenstand des sechsten Kapitels. Neben den üblichen Gremien werden hier auch die Eurogruppe, die Fachausschüsse und die relevanten Europäischen Agenturen bündig vorgestellt. Den Zivilgesellschafts- und Sozialpartnerorganisationen und den Verfahren ihrer Einbindung ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Deren Bedeutung sieht *Puetter* ambivalent. Weil die Arbeitgeberseite häufig darauf vertrauen könne, dass eine Einigung im Rat nicht zustande kommt, habe sie selten Anlass, sich mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund auf bilaterale Regelungen zu verständigen, die eine unionsgesetzgeberische Lösung ersetzen. Andererseits komme den Sozialpartnern durch deren Konsultation „eine privilegierte Stellung im Entscheidungsprozess“ (213) gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu. Das abschließende Kapitel „Wie regiert wird“ befasst sich mit den in den untersuchten Politikfeldern vorherrschenden Steuerungsformen. Dabei unterscheidet *Puetter* „Regulierung“, bei der es sich um die Generierung von *hard law* durch europäische Gesetzgebung und Rechtsprechung handelt, „Koordinierung“, bei der die Mitgliedstaaten formal ihre Zuständigkeit behalten, und „flexible Integration“, hinter der sich die „vorübergehende oder dauerhafte Nichtanwendung bestimmter Gemeinschaftspolitiken in Bezug auf einzelne Mitgliedstaaten“ (241) verbirgt.

Der oben genannten Zielsetzung einer einführenden und fundierten Darstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumente, Institutionen und Prozesse wird das Buch in vollem Umfang gerecht. Dennoch lässt die Behandlung des Themas den Rezensenten mit einer gewissen Ratlosigkeit zurück. Der Autor selbst wirft eingangs die Frage auf, mit der sich gewiss auch die Leser eines Einführungswerks dem Thema nähern, nämlich

„ob die EU in der Lage ist, marktwirtschaftliche Integration mit der Aufrechterhaltung sozialer Standards und leistungsfähiger Sozialsysteme zu verbinden“ (17). Doch weil die Darstellung bei aller Komplexität und deskriptiver Detailschärfe nie zu einer greifbaren Einschätzung des Outputs gelangt, steht der Leser gerade mit dieser Frage am Ende alleine da. Als Überblicksbeschreibung und auch zum Nachschlagen kann der Rezensent das Buch dennoch guten Gewissens empfehlen.

Autorenverzeichnis

- Best, Volker*, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstr. 27, 53113 Bonn, vbest@uni-bonn.de.
- Brodocz, André*, Prof. Dr., Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät, Professur für Politische Theorie, Postfach 900221, 99105 Erfurt, andre.brodocz@uni-erfurt.de.
- Boeckh, Andreas*, Prof. em. Dr., Eberhard Karls Universität Tübingen, Institut für Politikwissenschaft, Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen, andreas.boeckh@uni-tuebingen.de.
- Deters, Henning*, Universität Bremen, Bremen International Graduate School of Social Sciences, Sonderforschungsbereich 597, Linzer Str. 9a, 28359 Bremen, henning.deters@sfb597.uni-bremen.de.
- Haftendorn, Helga*, Prof. em. Dr., Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften, Ihnenstr. 22, 14195 Berlin, haftendo@zedat.fu-berlin.de.
- Hein, Michael*, Universität Greifswald, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Baderstraße 6/7, 17487 Greifswald, michael.hein@uni-greifswald.de.
- Heinemann-Grüder, Andreas*, PD Dr., Humboldt-Universität Berlin, Institut für Politikwissenschaften, 10117 Berlin, Ziegelstr. 13c, hg@bicc.de.
- Höpner, Martin*, PD Dr., Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Paulstr. 3, 50676 Köln, hoepner@mpifg.de.
- Höse, Alexander*, Universität zu Köln, Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik, Gottfried-Keller-Str.6, 50931 Köln, alexander.hoese@uni-koeln.de.
- Kopke, Christoph*, Dr. des., Universität Potsdam, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam, Kopke@rz.uni-potsdam.de.
- Koß, Michael*, Dr., Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam, mkoss@uni-potsdam.de.
- Saage, Richard*, Prof. i. R. Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Politikwissenschaft und Japanologie, Emil-Abderhalden-Str. 7, 06108 Halle (Saale), saage@gmx.net.
- Schäller, Steven*, TU Dresden, Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“, Zellescher Weg 17a, 01062 Dresden, steven.schaeller@tu-dresden.de.
- Schmalz, Stefan*, Dr., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, Carl-Zeiß-Straße 2, 07743 Jena, s.schmalz@uni-jena.de
- Stengel, Frank A.*, Universität Bremen, Bremen International Graduate School of Social Sciences, FVG/Wiener Str., 28359 Bremen, fstengel@bigsss.uni-bremen.de.
- Tuschhoff, Christian*, PD Dr., FU Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik, Ihnestr. 22, 14195 Berlin, christian.tuschhoff@fu-berlin.de.
- Weiffen, Brigitte*, Dr., Universität Konstanz, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft, Fach D 89, Universitätsstr. 10, 78457 Konstanz, Brigitte.Weiffen@uni-konstanz.de.